

DAS GESELLSCHAFTLICHE GEFÜGE
DER NATIONALEN MINDERHEITEN
IM SCHLESWIGSCHEN RAUM

Seite

<i>Ernst Beier</i>	
Über die selbstgestellte Aufgabe	86
Ein Kurzbericht über Kurzberichte	109
<i>Harboe Kardel</i>	
Zur Geschichte des Heimdeutschtums in Nordschleswig bis zur Volksabstimmung 1920	88
<i>Rudolf Stehr</i>	
Konstruktive Politik für die Zukunft – keine innere Existenzkrise	97
<i>Peter Petersen</i>	
Die Entwicklung der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig im Spiegel der Wahlergebnisse	101
<i>Peter Hansen-Petersen</i>	
Theoretische Grundlagen sozialdemokratischer Nationalitätenpolitik	112
<i>Axel Henningsen</i>	
Schleswig – Brücke und Brandungszone	122
<i>Hans Peter Johannsen</i>	
Ferien, Fanø, Fans und alte Tänze.....	130

Umschau ab Seite 133

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland). Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,- DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. — Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ÜBER DIE SELBSTGESTELLTE AUFGABE

Rund 32 300 Stimmen erhielt der Südschleswigsche Wählerverband, die politische Vertretung der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig, bei der Bundestagswahl des vergangenen Jahres. Das war gegenüber der Wahl von 1953 ein Rückgang um 12 300 Stimmen und gegenüber dem Höchststand von 1947 ein Weniger von 67 200 Stimmen. Die Zahl derjenigen, die mit dem Stimmzettel ihre Zugehörigkeit zur Minderheit dokumentierten, ist damit im Laufe von zehn Jahren auf weniger als ein Drittel des höchsten Standes zusammengeschrumpft.

Wenn man 1957 sowohl auf dänischer wie auf deutscher Seite auch mit einem weiteren Sinken der dänischen Wählerzahlen gerechnet hatte, so war die Überraschung über die Höhe des Stimmenrückganges doch ganz allgemein — sie reichte bei der Minderheit bis zum Schock.

Da die Folketingswahl kurze Zeit vorher der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ebenfalls einen — wenn auch relativ geringen — Rückgang um etwa 500 Stimmen gebracht hatte, der inzwischen in etwa wieder ausgeglichen ist, knüpfte sich an diese beiden Wahlergebnisse eine besonders auf dänischer Seite sehr lebhaft geführte Auseinandersetzung um die Frage nach dem wirklichen Bestande, nach dem Kern und der Stabilität beider Minderheiten, ja es wurde die Frage nach den Voraussetzungen ihres Bestehens überhaupt aufgeworfen und nach der Bedeutung der Politik hierfür ganz allgemein und politischer Wahlen im besonderen.

Björn Hanssens bekannter und umstrittener Aufsatz war auf dänischer Seite wie ein Fanal, und das Pro und Contra ist bis heute noch nicht beendet.

Auch auf dem Deutschen Tag 1957 in Hadersleben wurde in einer Arbeitsgruppe diese Frage angeschnitten — eine einhellige Auffassung ergab sich aber verständlicherweise in der Aussprache nicht.

Die starke Anteilnahme beider Minderheiten an dieser Frage ließ erkennen, daß hier offensichtlich ein zentrales Problem öffentlich zur Diskussion gestellt wurde.

Das ließ den Wunsch aufkommen, dasselbe einmal unvoreingenommen und sachlich zu untersuchen, eine gründliche, wenn möglich wissenschaftliche, soziologische Bestandsaufnahme zu machen, um zu einem von dem Hoffen und Wünschen und Meinen des einzelnen und der Gruppen und vom Streit des Tages möglichst unabhängigen, objektiven, auf die unmittelbare Gegenwart bezogenen Ergebnis zu kommen.

Damit wäre für die nationale Auseinandersetzung zweifelsohne viel gewonnen. Sicher würden manchem manche Illusionen zerstört werden, aber der Verlust im Emotionalen fraglos mehr als wettgemacht durch die tiefere Einsicht in die objektiven Möglichkeiten und die wirklichen Grundlagen für das Bestehen der Minderheiten. Diese Objektivierung der nationalen Auseinandersetzung hätte für uns alle, Deutsche wie Dänen, viel zu bedeuten.

*

Der Grenzfriedensbund hielt den Gedanken einer solchen Untersuchung für so bedeutsam, daß er die Möglichkeit der Durchführung genau prüfte, wobei sich herausstellte, daß die für seine Verwirklichung notwendigen psychologischen, politischen und sachlichen Voraussetzungen im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für gegeben angesehen werden können.

Was in den Aufsätzen dieses Heftes als Ergebnis der diesjährigen Sommertagung des Grenzfriedensbundes einem größeren Kreise zugänglich gemacht wird, ist ein bescheidener Versuch, auf Grund vorhandenen, aber überall verstreuten Materials und durch Einzeluntersuchungen in einem sehr begrenzten Rahmen, für die auf wissenschaftliche Exaktheit kein Anspruch erhoben wird, doch noch für eine als gut erkannte Sache einen möglichen Beitrag zu leisten. Die größere Aufgabe bleibt bestehen, und wir hoffen, daß sich Mittel und Wege finden, sie zu bewältigen.

Für diesmal wurde auf die alte und bewährte Methode zurückgegriffen, Kenner des Grenzlandes über das gemeinsame Anliegen sprechen zu lassen unter der Voraussetzung möglicher Gegenwartsnähe und unter Herausarbeitung der sozialen Aspekte. So ergab sich eine Mischung aus geschichtlicher Darstellung und Gegenwartskunde — um diesen Ausdruck aus dem Gebiete der Schule zu gebrauchen —, gewonnen aus Erlebtem und Erfahrenem, Erfragtem und Erkundetem, aus Statistiken und sonstigem Zahlenmaterial.

Der Verlauf der Tagung und ihr Ergebnis berechtigen zu der Feststellung, daß auch so, wenn auch begrenzt, wertvolle Einsichten zu gewinnen sind. Nüchternheit, Sachlichkeit und Objektivität müssen dabei jedoch oberster Leitsatz sein, und das Herz — das allenthalben mitsprechende — im Zaume halten.

Ernst Beier

Zur Geschichte des Heimdeutschtums in Nordschleswig bis zur Volksabstimmung 1920

Das alte Herzogtum Schleswig ist von jeher ein Grenzland gewesen. Bald vom Norden, bald vom Süden sind die Ströme in dies schmale Land zwischen den beiden Meeren geflossen und haben sein Schicksal gestaltet. Etwa um 600 gelangten Siedler aus dem Norden bis in die Gegend der Schlei und der Halbinsel Schwansen, wo wir in den by-Orten die letzten deutlichen Anzeichen von Niederlassungen nordischer Stämme finden. Das Gebiet unmittelbar nördlich der Eider, in alten Zeiten von dichten Wäldern bedeckt, war niedersächsisches Einflußgebiet, und im Westen siedelten bis in die Gegend von Tondern die Friesen. Um das Jahr 1200 schlug noch einmal eine dänische Welle weit nach Süden, als der Dänenkönig Waldemar der Sieger, der auch im Baltikum festen Fuß gefaßt hatte, Holstein seinem großen Ostseereich einverleiben konnte. Aber bei Bornhöved (1227) gelang es dem Schauenburger Adolf IV., die dänische Vorherrschaft wieder zu brechen. Es war wohl die folgenschwerste Kampfhandlung, die je auf schleswig-holsteinischem Boden ausgefochten worden ist. Die Kolonisationsarbeit im Osten konnte nun weitergeführt werden, die Hanse konnte sich über die Ostsee ausbreiten, und auch an der Grenze zwischen Schleswig und Holstein wendete sich der Strom. Die Schauenburger, die bereits in Wagrien ein großes Kolonisationswerk vollbracht hatten, wendeten ihren Blick nun nach Norden, gewannen hier Schritt für Schritt an Einfluß und wurden 1386 in Nyborg in aller Form mit dem Herzogtum Schleswig belehnt. Was sie in friedlichem Vordringen erreicht hatten, mußten sie in einem fünfundzwanzigjährigen Ringen (1410—1435) verteidigen. Der Friedensschluß brachte ihnen die Anerkennung ihrer Herrschaft über das ganze Herzogtum, auch über die Nordfriesen. Nun konnten, auch nach 1460 unter den Oldenburgern, Ströme lebendiger Einwirkung bis an die nördlichste Grenze des Landes, die Königsau und die Koldinger Förde, getragen werden.

Es kommt vor allem darauf an, die geschichtlichen Grundlagen aufzuzeigen, auf denen sich im nördlichsten Teil des Landes — inmitten einer Bevölkerung, die teils sich dem Norden verbunden fühlte, teils indifferent war — ein Bevölkerungsteil herausbilden konnte, der nach dem Süden tendierte, ohne sich in Sprache und Sitte von den übrigen Landesbewohnern zu unterscheiden. Mit dieser Frage, die das Problem des Heimdeutschtums in sich faßt, haben sich auf deutscher Seite vor allem der Tonderaner Dr. Ludwig Andresen sowie die Kieler

Universitätsprofessoren Carl Petersen und Otto Scheel eingehend beschäftigt.

Grundherrschaft und Festhöfe

Ein großer Teil des nordschleswigschen Bodens war im vierzehnten und in den darauf folgenden Jahrhunderten im Besitz reicher Grundherren, die teils dem Adel angehörten, teils hohe kirchliche Würden bekleideten. Den Ahlefeldts, die auf Seegaard saßen, gehörten zum Beispiel Zweidrittel der gesamten Lundtoftharde. Auch das Kloster zu Lügum und das Schleswiger Domkapitel waren in Nordschleswig reich begütert. Diese Grundherren gaben wiederum Festhöfe in Pacht an Bauerngeschlechter, die, wenn sie sich bewährten, durch mehrere Generationen hindurch einen solchen Besitz bewirtschafteten. Sie standen in einem Treueverhältnis zum Grundherrn, und sie paßten sich seinem Lebenskreis, der im Süden seine Wurzel hatte, an. In der Schluxharde gehörten an die siebzig Prozent des Bodens in den Bereich der Festhöfe. Ludwig Andresen hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Dörfer, in denen sich vor Jahrhunderten solche Festhöfe in größerer Zahl befanden (Nolde, Renz, Bredewatt) zu Kerngebieten des Heimdeutchtums wurden.

In der Blütezeit der Zünfte kamen viele Handwerker und in der besten Zeit der Hanse viele Kaufleute nach dem Norden, auch in die Städte Nordschleswigs. Ferner war die Beamtschaft weithin dem Süden verbunden. Die höheren Beamten hatten auf deutschen Universitäten studiert, und in Ripen war (1460) bestimmt worden, daß nur Einwohner des Landes Beamte sein sollten. Sie standen u. a. den Harden, den alten Rechtskreisen, vor, deren Niederschriften im südlichen Teil Nordschleswigs um 1500 größtenteils in niederdeutscher Sprache gehalten waren.

Ein typischer Zug tritt schon in dieser Frühzeit hervor: Es ist die Oberklasse und der mit dieser Oberklasse verbundene Kreis in Stadt und Land, der nach dem Süden tendiert. Wie weit er in die unteren Schichten hineingewirkt hat, ist heute schwer festzustellen.

Luthers Lehre

Die Reformation kam nach dem Norden in niederdeutschem Gewand. Niederdeutsch waren die Haderslebener Artikel (1528) abgefaßt; sie wurden das Vorbild für die gleichfalls niederdeutsch geschriebene Schleswig-Holsteinische Kirchenordnung vom Jahr 1542. In dieser Zeit wurden die Kanzeln des Landes oft mit niederdeutschen Inschriften versehen, auch da, wo die Umgangssprache dänisch war. Auch in diesem Fall waren Vertreter der Oberklasse bestimmend. Breiter war die Wirkung, die hundertfünfzig Jahre später der Pietismus in Nordschleswig ausübte, der auch aus dem Süden nach Nordschleswig kam. „Breiter“ soll so verstanden sein, daß auch der „kleine Mann“ diese Bewegung mit

trug. In der Zeit des Pietismus hatte sich der sprachliche Umschwung schon längst vollzogen. Um 1620 war in den Kirchen das Hochdeutsche an die Stelle des Plattdeutschen getreten. Eine werbende Kraft war erloschen.

Wirtschaftliche Verbindungen mit dem Süden und Westen

Der wirtschaftliche Einfluß verlief in dieser Zeit vom Süden nach dem Norden. Der Süden war wirtschaftlich weiterentwickelt. Das kam jedem zum Bewußtsein, der die Grenze des Herzogtums nach Jütland überschritt. Die großen Adern dieses nach Süden zeigenden Verkehrs waren die Ochsenwege. Auf ihnen kamen der nordschleswigsche Händler und sein Treiber mit dem Süden, mit seiner Umgangssprache und seinen Sitten in Berührung. Er lernte eine höhere Stufe der Entwicklung kennen, die ihre Anziehungskraft nicht verfehlte. Vom Westen Nordschleswigs führten viele Wirtschaftswege nach Holland. Viele Erinnerungen an diese holländische Verbindung findet man noch in der Gegend um Tondern.

Die Gottorfer Ära

Von 1544 an regierten in Schleswig-Holstein drei Herren: König Christian III. (Sonderburger Teil), Herzog Johann der Ältere (Haderslebener Teil) und Herzog Adolf (Gottorfer Teil). Nach dem Tode Johanns des Älteren gab es nur noch einen Königlichen und einen Gottorfer Anteil. Zum Gottorfer Anteil gehörten in Nord-Schleswig die Ämter Tondern, Lügumkloster und Apenrade. Diese Gottorfer Ära, die sich auf etwa hundertfünfzig Jahre erstreckte, ist besonders von Ludwig Andresen als mit entscheidend für die weitere Entwicklung des Heimdeutchtums bezeichnet worden. Der Gottorfer Hof war ein kulturelles Zentrum. Viele fruchtbare Anregungen haben von hier ihren Ausgang genommen. Dazu trat eine straffe Verwaltung, die für die Mitregierung der Stände wenig Raum ließ. Entscheidend war, daß Gottorf im Streben nach der Souveränität in einen scharfen Gegensatz zu Dänemark geriet, bei gleichzeitiger Anlehnung an das mit Dänemark konkurrierende Schweden. Ohne Zwang haben sich in diesem Zeitraum kulturelle Einwirkungen der verschiedensten Art in dem Gebiet vollzogen, das noch heute als das „schiefe Viereck“ mit seiner starken deutschen Besiedlung bekannt ist. Mit dem Sturz Gottorfs am Ende des Nordischen Krieges (1721) fand diese Periode ihren Abschluß. Der Gottorfer Anteil Schleswigs wurde mit dem Königlichen Anteil vereinigt. Aber die Erinnerungen an die Gottorfer Ära haben noch lange nachgewirkt. Das hat kein Geringerer bezeugt als der Staatsrechtslehrer der Kieler Universität, Nicolaus Falk, der in dem früher gottorfischen Emmerleff nördlich Hoyer, in unmittelbarer Nähe einer jütischen Enklave, geboren war und in seiner Jugend den Erzählungen der Alten zuhörte, bei denen noch Erinnerungen an die Herrschaft der Gottorfer lebendig waren. Wohlgemerkt, es handelte sich hier nicht um ein Nationalgefühl, es war eine Art dynastische Anhänglichkeit, die aber doch

eine vielfache Berührung mit deutschem Leben mit sich gebracht hat. Die deutsche Sprache genoß ein hohes Maß der Achtung. Viele Hausinschriften in nordschleswigschen Städten (vor allem in Apenrade) zeugen noch heute davon.

Das deutsche Nationalgefühl erwacht

Die Französische Revolution, die Freiheitskriege gegen Napoleon, die deutsche Romantik, alles dies hat den Durchbruch des nationalen deutschen Gedankens gefördert. Später als anderswo spürte man seine siegreiche Macht nördlich der Eider. Aber als er durchbricht in den dreißiger Jahren, steht gleich stark neben dem nationalen der liberale Gedanke. Lornsen war sowohl von der Burschenschaft als auch von der Französischen Revolution beeinflusst. Er hatte in Tondern die Schule besucht. Er kannte Nordschleswig, er kannte das Überwiegen der dänischen Umgangssprache in den nördlichen Teilen des Landes. Würden diese Menschen sich aus freien Stücken einem überwiegend deutschen Schleswig-Holstein einordnen? Aus dieser Überlegung mag sein 1832 vorgebrachter Vorschlag stammen, durch eine Abstimmung die Volksstimmung zu erkunden. Es ist der erste Versuch, auf Grund einer Teilung des umstrittenen Landes zu einer Verständigung mit dem Norden zu kommen.

Wie langsam sich das Nationale in Nordschleswig Bahn bricht, zeigen die ersten Verhandlungen der seit 1836 bestehenden Ständeversammlungen. Es geht zunächst nicht um politische Fragen, es geht um Fragen der Sprache in Kirche und Schule und Verwaltung. Als der Bauer Nis Lorenzen, Lilholt, die Einführung des Dänischen in der Verwaltung dort fordert, wo die Volkssprache dänisch ist, findet er auch die Zustimmung des schleswig-holsteinisch gesinnten Professors Falk, der damit für ein „natürliches Recht“ eintritt. Andererseits fordert der Bauer Andreas Petersen aus Dalby am Südufer der Koldinger Förde deutschen Sprachunterricht, denn das Deutsche brauche jeder in einem Lande, das sein Gesicht wirtschaftlich dem Süden zugekehrt habe. Erst durch die Sprachenfrage werden die nationalen Gefühle allmählich geweckt, besonders, als der Abgeordnete Lorenzen aus Hadersleben im November 1842 auf Veranlassung des Professors Flor zum erstenmal in der Ständeversammlung dänisch spricht und verlangt, daß seine Reden künftig auch dänisch protokolliert werden.

Liedertafeln und Volksfeste führen auch in Nordschleswig große Teile des Bürgertums der Städte und der führenden ländlichen Schicht hinein in die große schleswig-holsteinische Bewegung, der der Apenrader Arzt Dr. Neuber mit der kurzen Fassung des „Up ewig ungedeelt“ die Losung gab. In dieser Zeit bildete sich auch der Verein der Kirchspielvögte, der bis in die nördlichsten Teile des Landes reichte und einen dem Süden zugeneigten, die Vereinigung mit Jütland scharf ablehnenden Zusammenschluß darstellte. Abseits von dieser Volksbewegung stand der Augustenburger Herzog Christian August, der seine

Vertrauten im Kreise von höheren Beamten und ihm befreundeten Großbauern fand. Er kämpfte für die Rechte seines Hauses, während gerade in diesen Jahren der von der deutschen nationalen Bewegung erfaßte Teil der Bevölkerung zum erstenmal über die Grenzen der kleinen Heimat hinaussah in größere Zusammenhänge und sich als Teil eines Volkes zu fühlen begann, das nicht nur nach Einigkeit, sondern auch nach Freiheit strebte.

Die dänische Bewegung in Nordschleswig

Die Entwicklung des Heimdeutschtums in diesem Zeitraum wird klarer, wenn wir auch einen Blick auf die dänische Bewegung werfen. Sie hat in ihren Ursprüngen enge Verbindungen mit der Romantik. Zwei Kieler Professoren sind unermüdlich für die Erweckung Nordschlewigs tätig gewesen, der Flensburger Christian Paulsen und der Norweger Christian Flor. In Hadersleben kam 1838 die erste dänische Zeitung, „Danevirke“, heraus, in Apenrade war der Uhrmacher Fischer mit seiner Zeitung „Freya“ der Mittelpunkt des die Schichten der „kleinen Leute“ hauptsächlich umfassenden dänischen Lagers. Alle diese Männer mochten es als Hemmung empfinden, daß das dänische Geistesleben in Nordschleswig weithin der Tradition entbehrte. Oberschicht und Bildung waren bisher deutsch gefärbt gewesen. Mit richtigem Blick für diese Schwäche wurde eine stille Arbeit eingeleitet, teils auf der ersten Volkshochschule in Rödding, teils in der Aufstellung von Bibliotheken. Aber *eine* Barriere war für die Kündler des dänischen Gedankens schwer zu überwinden, selbst da, wo der schleswig-holsteinische Gedanke nicht Fuß gefaßt hatte, das war das schleswigsche Sondergefühl, das sich in zahlreichen Resolutionen bis an die nördlichste Grenze kundtat: „Wir wollen Schleswiger bleiben! Wir wünschen nicht, mit Jütland vereinigt zu werden.“ So war der Prozeß der nationalen Entscheidung keineswegs abgeschlossen, als 1848 die Kriegsfackel aufloderte.

Der Riß wird tiefer

Es war verhängnisvoll, daß der Kampf der Geister in diesem Augenblick durch den Kampf der Waffen abgelöst wurde. Es entstand ein Riß nicht nur zwischen den beiden nationalen Lagern, sondern auch zwischen Stadt und Land, denn das Bürgertum stimmte zum großen Teil dem Gedanken der Erhebung zu, während man auf dem Lande überwiegend eine Zusammenarbeit mit Kiel ablehnte. In dieser ersten Zeit des bewaffneten Zusammenstoßes scheint das Wort „Heimdeutscher“ (Hjemmetysker) entstanden zu sein. Es ist zuerst von dänischer Seite gebraucht worden, in einem herabsetzenden Sinn. Vielleicht ist es von dem Apenrader Dänenführer Fr. Fischer zum erstenmal angewandt. Er wollte damit sagen: diese Deutschen sind nichts anderes als verdeutschte Dänen. Fischer war überhaupt sehr fanatisch. Man sagte von ihm: Wenn die Posaune am Tage des

jüngsten Gerichts nicht auf dänisch geblasen wird, dann steht er nicht vom Grabe auf. — Erst später ist das Wort zu einem Ehrenwort geworden, als man unter den „Heimdeutschen“ die bodenständigen Menschen verstand, die zwar den dänischen Dialekt sprachen, aber mit der deutschen Bildungssprache deutsche Gesinnung verbanden, die also in Sprache und Sitte sich der Heimat anpaßten, im Gegensatz zu manchen Eingewanderten, die wenig Verständnis für die nordschleswigsche Eigenart aufbrachten.

Der Riß schloß sich auch nicht, als Schleswig-Holstein den Kampf aufgeben mußte. Der dänische Druck war überall fühlbar, wo man sich nicht beugte. Diese anderthalb Jahrzehnte „zwischen den Kriegen“ sind voll von Beispielen selbstloser Treue und Charakterfestigkeit, auch da, wo diese Haltung schwere wirtschaftliche Nachteile im Gefolge hatte. Die heimische Art hob sich schroff ab von der unverständlichen Haltung einer vom Norden her ins Land gekommenen Beamenschaft; einer ihrer Vertreter, der Pastor Johan Kock in Buhrkall, schrieb damals über seine Gemeindeglieder: „Ein großer Teil der lieben Leute spricht dänisch und hat die fixe Idee, deutsch sein zu wollen.“

Die preußische Zeit

Der kriegerische Zusammenstoß des Jahres 1864 schuf auch in Nordschleswig völlig veränderte Verhältnisse. Die Beamten, die nicht mit dem Lande verwurzelt waren, räumten ihre Plätze.

In der Bevölkerung kann man in den ersten Jahren nach dem Umschwung drei Gruppen unterscheiden: die Heimdeutschen, die Heimdänen und die Unentschiedenen, die Abwartenden, die Nur-Schleswiger, die man später „Blakkede“ nannte. Würde das Deutschtum in der großen Gruppe der zwischen den Lagern Stehenden seine werbende Kraft entfalten? Würde es den in Nordschleswig stark ausgeprägten Heimatgedanken großzügig in seinen Dienst nehmen können? Würde es vor allem das in der Zeit der Not bewährte Heimdeutschtum verantwortungsvoll einschalten in die weitere Entwicklung? Zuerst schien es so, als solle das Land zu einer ruhigen Entwicklung, einem langsamen Reifungsprozeß kommen. Die dänischen Schulen blieben bestehen. Man bat sogar um die Einführung deutscher Sprachstunden. In der Verwaltung traf man auf viele Einheimische. Man hütete sich, durch Herausforderungen die Gefühle der Andersdenkenden zu reizen. Der milde Kurs trug seine Früchte. Zwar lebte die dänische Bevölkerung in der Hoffnung auf eine im § 5 des Prager Friedens festgelegte Volksabstimmung in den nördlichen Distrikten, aber dieser Paragraph wurde 1879 durch ein deutsch-österreichisches Übereinkommen außer Kraft gesetzt. Damit wurde der dänischen Bevölkerung klar, daß die Zugehörigkeit zu Preußen kein Provisorium war, sondern daß man sich auf einen langen Zeitraum einrichten mußte. Man erkannte frühzeitig die Notwendigkeit einer Arbeit

„auf lange Sicht“. Es entstand der Dänische Schuh und Sprachverein. Aber den deutlichen Umschwung der preußischen Politik brachte erst das Jahr 1888 mit seinem unglücklichen Spracherlaß. Man hatte nicht erkannt, wie schlecht dem Dänentum seine Sprachenpolitik nach 1851 bekommen war. Mit einem Schlage wurde die dänische Sprache bis auf einige Religionsstunden aus den Schulen verbannt. „Bürokratischen Unverstand“ nannte der aus Nordschleswig stammende Generalsuperintendent Kaftan diese Maßnahme. Auf dänischer Seite wirkte dies Verbot alarmierend. Nun begann die große Stunde der dänischen Volkshoch- und Nachschulen im Königreich, die jungen schulentlassenen Nordschleswigern ihre Tore öffneten, um sie als Vorkämpfer für das dänische Volkstum wieder zu entlassen. Es erstand aus diesen in volkstümlichem Geist geschulten dänischen Nordschleswigern eine Führerschicht, denen man auf deutscher Seite nichts Ähnliches gegen- überstellen konnte. Noch stärker wurden die dänischen Bemühungen um Errichtung einer festen, starken Front in Nordschleswig, als der Oberpräsident von Koller Ende der neunziger Jahre die „Politik der festen Hand“ in Form eines ausgeprägten Polizeiregiments in Anwendung brachte. Der Widerstandsgeist, der durch diese Willkürmaßnahmen ausgelöst wurde, war die beste Vorbereitung für das Werk des jungen Hans Peter Hanssen, der immer mehr zur zentralen Führungspersonlichkeit in Nordschleswig wurde und die Schwächen des Gegners geschickt auszunutzen verstand.

Der „Deutsche Verein“

Auf deutscher Seite bestand der zahlenmäßig starke „Deutsche Verein für das nördliche Schleswig“, aber seine Arbeit war eine weithin negative. Er war gegen die dänische Presse, er war gegen die Agitatoren, er war gegen die dänischen Vereine, aber er verstand es nicht, eine auf die besten Traditionen des Heimdeutchtums sich stützende, die Geister aufrüttelnde deutsche Bewegung ins Leben zu rufen. Der äußerliche Patriotismus dieses Vereins kam gegenüber der von opferbereiten Kräften getragenen breiten dänischen Front sehr bald ins Hintertreffen. Staatliche Funktionäre spielten im Deutschen Verein eine allzu große Rolle. Der heimdeutsche Bauer, der Bürger, der mit seiner Vaterstadt seit Generationen verwachsen war, war allzu oft nur Beisitzer, der wohl die geschwollenen Kampftöne hörte, sie auch nicht billigte, aber nicht die Kraft aufbrachte, gegen den staatlich genehmigten Kurs Front zu machen. Die Heimdeutschen waren weithin die „Stillen im Lande“.

Nordschleswig erlebte in dieser Zeit eine wirtschaftliche Blüte (die den Dänen beim Aufbau ihrer Organisationen zugute kam), aber die Volkstumspflege wurde vernachlässigt, so daß die preußische Zeit keine positive Bilanz ergibt. Das Verhängnisvollste war, daß man überhaupt nicht von einer „Linie“ sprechen konnte, denn auf eine Periode der Härte folgte eine Zeit übertriebener Milde.

Während so ein unheilvoller Zickzackkurs praktiziert wurde, baute das Dänentum zielbewußt eine Bastion nach der anderen auf und konnte steigende Wählerzahlen buchen.

Der Verein für deutsche Friedensarbeit

Nur wenige sahen, daß im deutschen Lager etwas nicht stimmte. Noch geringer war die Zahl derjenigen, die wagten, das öffentlich zu sagen. Es war der in Wodder in der Nordwestecke Nordschleswigs amtierende Pastor Johannes Schmidt, der 1909 im „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ eine Gegenbewegung ins Leben rief. Das Programm dieses Vereins zeigte von Anfang an eine positive Note. Er trat ein für die Pflege der nordschleswigschen Eigenart, er verlangte Ehrfurcht vor der Muttersprache, mochte es nun die deutsche oder die dänische sein. Die Achtung vor dem dänischen Volkstum verband er mit einem Einsatz für eine Vertiefung des deutschen Volkstums durch Gründung von Volkshochschulen. Pastor Schmidt und seine Freunde wollten auf jeden Fall eine weitere Verschärfung des Grenzkampfes vermeiden. Sie wurden weithin unterstützt von den in Nordschleswig wirkenden Geistlichen, die zum großen Teil selbst Nordschleswiger waren und beide Sprachen beherrschten. Sie waren oft beste Repräsentanten der heimdeutschen Art und suchten in ihren Kirchen und unter ihren Kanzeln eine gemeinsame Sammelstätte für Deutsche und Dänen zu schaffen. Auch das Beispiel Tonderns soll hier genannt werden. Jahrelang haben sich die Bürger Tonderns dagegen gewehrt, daß in ihren Mauern eine Ortsgruppe des Deutschen Vereins entstände, weil sie davon eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen der großen deutschen Mehrheit und der kleinen dänischen Gruppe fürchteten. Ihnen und allen, die für ein friedliches Nebeneinander der beiden nationalen Gruppen eintraten, waren die Worte Pastor Schmidts aus dem Herzen gesprochen: „Wir erwarten wenig von Staatshilfe, viel von Selbsthilfe, das Beste immer vom einzelnen.“ — Es war eine Tragik, daß sich diese Bewegung, die vor einer großen Aufgabe stand, nicht mehr voll auswirken konnte. Sie stand noch im Aufbau, sie mußte noch gegen die vielen Mißdeutungen ihrer Absichten ankämpfen, als 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, der eine völlig neue Lage schaffen sollte.

Staatliches und volkliches Denken

Es hat auch in der preußischen Zeit an verständnisvollen Beamten nicht gefehlt. Zwei Landräte werden selbst von der dänischen Seite mit Achtung genannt: der in den neunziger Jahren in Apenrade amtierende von Bülow und der kurz vor dem ersten Weltkrieg in Hadersleben eingesetzte von Löw. In dieser Verbindung sei auch der Amtsrichter Jürgensen genannt, der, selbst Nordschleswiger, erst in Rödning und später in Husum amtierend, der dänischen Seite Gerechtigkeit

widerfahren ließ. Auch der Landrat Rogge, der zu den Gründern der Tingleffer Volkshochschule gehörte, genoß wegen seines geraden, aufrechten Charakters in weiten Schichten des Kreises Tondern Sympathien. Das Verhängnisvollste war, daß auf deutscher Seite die „Lenkung von oben“, die Autorität des Staates, auch im Vereinsleben das entscheidende Wort hatte. Wie sollte es werden, wenn einmal diese Autorität nicht mehr vorhanden war? Wie sollte es ergehen, wo das staatliche Denken alles andere überschattete, wo man sich kaum ernstliche Gedanken darüber gemacht hatte, was „Volkstum“ bedeutet und welche Aufgaben seine Bewahrung jedem einzelnen auferlegt?

Die Heimdeutschen auf sich selbst gestellt

Als im Herbst 1918 der Weltkrieg verloren war, forderte Hans Peter Hanssen im deutschen Reichstag eine Volksabstimmung für Nordschleswig. Der deutsche Obrigkeitsstaat war zusammengebrochen. Nun war das Heimdeutschtum auf sich selbst gestellt. Es stand vor der schweren Aufgabe, mit eigenen Kräften die Vorbereitungen für die große Entscheidung zu treffen. Nun war die Stunde für den bisher in Opposition gedrängten „Friedensverein“ gekommen. Nun mußten die Kräfte des heimatgebundenen Volkstums eingesetzt werden. Pastor Schmidt, Wodder, wurde der Erste Mann des Abstimmungsringens in der ersten Zone. Damit war ein Heimatdeutscher nach langer Zeit wieder in die Führung gegangen. Junge Kräfte verbanden sich mit den älteren, die noch die Zeit der Fehler und der Irrtümer miterlebt hatten.

Der Heimdeutsche wurde sich wieder seines innersten Wesens bewußt, wie es einmal Otto Scheel ausgedrückt hat: „Nordische Laute schwingen in unseren Herzen mit. Deutschland bleibt das Land unserer Sehnsucht. Aber der Norden ist ein wertvoller Nachbar, mit dem zu verkehren innerer Gewinn ist. Das Bekenntnis zu Deutschland und seinen geistigen Gütern wird ergänzt durch ein Miterleben geistiger Schöpfungen des Nordens.“ —

Als die Abstimmung die neue Grenzziehung mit sich brachte, wurde das Heimdeutschtum vor die Aufgabe der Selbstbehauptung gestellt. Es konnte diese Aufgabe anpacken in dem Bewußtsein, daß es ein Heimatrecht auf seinem Boden besitzt. Das Heimdeutschtum ist kein Fremdkörper, es ist auch nicht, wie es zuweilen von dänischer Seite behauptet worden ist, eine „Verirrung“. Es hat ein gutes Recht auf Gleichberechtigung. Auf diesem Recht fußend, hat es die Pflicht, das Erbe der Väter zu wahren.

Konstruktive Politik für die Zukunft – keine innere Existenzkrise

Gibt es eine Existenzkrise der Minderheiten? — Diese Frage wird heute gelegentlich gestellt und unter Berufung auf die politische Gesamtentwicklung und die zahlenmäßige Entwicklung der Stimmen, die bei politischen Wahlen auf die Minderheitenlisten abgegeben werden, bejaht. Für die deutsche Volksgruppe können wir feststellen, daß sie sich 1945 zwar in einer schweren Krise befand, daß aber gerade die Tatsache, daß sie gegen diese Krise anging, einen Beweis für ihre innere Kraft und Lebensfähigkeit erbracht hat. Von einer inneren Existenzkrise der deutschen Minderheit in Nordschleswig kann man daher nicht sprechen.

Stimmenrückgang aufgeholt

Zur Unterbauung der These einer Existenzkrise wird gelegentlich auf die Entwicklung der deutschen Stimmenzahlen in Nordschleswig hingewiesen, und es wird betont, daß es sich bei dem Stimmenrückgang von etwa 500 bei der Folketingswahl 1957 im Vergleich zur Folketingswahl 1953 nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Erscheinung handele, sondern um einen strukturellen Vorgang. Es ist damals die These aufgestellt worden, daß Mitglieder der Minderheit im Begriff seien, die Volksgruppe als politischen Faktor im Grenzland fallenzulassen.

Ein Verlust von etwa 500 Stimmen gibt selbstverständlich zu ernstesten Überlegungen Veranlassung, darf aber nicht zum Pessimismus verleiten und schon gar nicht im Sinne einer strukturellen Verschiebung überbewertet werden. Inzwischen erbrachten dann auch die Kommunalwahlen am 4. März 1958 mit insgesamt 8354 Stimmen wieder einen Zuwachs. Sieht man davon ab, daß Kommunalwahlen nicht ohne Vorbehalt mit Folketingswahlen vergleichbar sind, weil sich im ersteren Falle örtliche und persönliche Verhältnisse stärker geltend machen, so muß doch als bemerkenswert festgehalten werden, daß die Minderheit in einer ganzen Reihe von Kirchspielen bei den Kommunalwahlen 1958 mehr Stimmen erhielt als bei der Folketingswahl im September 1953. Will man das Gesamtergebnis vom 4. März 1958 nicht nur mit den Kommunalwahlen 1954, sondern auch mit den vorhergehenden Wahlen zum Folketing vergleichen, so sind nur die Folketingswahlzahlen für die Gemeinden, in denen die Volksgruppe an der Kommunalwahl teilnahm, zugrunde zu legen. Bei einer solchen

Berechnungsweise ergibt sich bei der Kommunalwahl 1958 gegenüber der Folketingswahl im Mai 1957 ein Mehr von etwa 400 Stimmen und gegenüber der Wahl im September 1953 ein Mehr von rund 25 Stimmen. Nach diesen Zahlen wäre — die Vergleichbarkeit unterstellt — der absolute Stimmverlust, der im Jahre 1957 gegenüber 1953 eintrat, in etwa wieder aufgeholt worden.

Solidität und Widerstandskraft

Im übrigen weisen die deutschen Stimmenzahlen im Verlauf der Jahre seit 1920 eine relative Stabilität aus. Pastor Schmidt-Wodder wurde im September 1920 mit 7500 Stimmen gewählt. Bei der Folketingswahl im Oktober 1947 wurde diese Stimmenzahl annähernd erreicht. Im September 1953 erzielte die Volksgruppe mit 9721 Stimmen etwa ebenso viele wie im November 1932. Weitere Reserven sind — trotz der schmerzlichen Verluste aus dem zweiten Weltkrieg und der Abwanderung in den vielen Fällen, in denen sich keine Existenzmöglichkeit für den Nachwuchs im Grenzland bot — vorhanden. Selbst wenn eine Betrachtung des prozentualen Anteils an deutschen Stimmen ein etwas ungünstigeres Bild ergibt als die vorgenannten absoluten Zahlen, so sind diese doch als Zeichen der Kontinuität und Stabilität der Minderheit außerordentlich bemerkenswert. Allein die Tatsachen, daß die deutsche Volksgruppe bereits im Jahre 1945 mit dem Bund deutscher Nordschleswiger als politische Organisation erneut in die Erscheinung trat, im März 1946 in einer ganzen Reihe von Orten an Kommunalwahlen teilnahm und im Oktober 1947 einen Kandidaten außerhalb der Parteien für die Reichstagswahl nominierte, widerlegen die These von einer inneren Existenzkrise. Das kann auf dem Hintergrund der Gesamtlage der Jahre nach 1945 hier im Grenzland heute festgestellt werden.

Volksdeutsche Tradition seit 1920

Wer von einer inneren Existenzkrise spricht, unterschätzt das Gewicht einer jetzt schon achtunddreißigjährigen Volksgruppentradition. Eine deutsche Volksgruppe besteht seit dem 15. Januar 1920, d. h. von diesem Zeitpunkt ab hat sich in einem jahrelangen Entwicklungsprozeß eine volksdeutsche Gemeinschaft gebildet, die aus eigener Initiative deutsches Leben in Nordschleswig pflegt und den inneren Zusammenhang mit dem deutschen Volk bewahrt. Diese deutsche Gemeinschaft war in ihrem Kern auch stark genug, um der Belastungsprobe des Jahres 1945 standzuhalten. Selbstverständlich hat es auch in der Volksgruppe in Nordschleswig Lähmung und Resignation gegeben, die innere Lebenskraft blieb aber doch erhalten, und es wurde möglich, deutsches Leben nach 1945 wiederaufzubauen. Der Aufbau ist nicht abgeschlossen. Gemessen an der Lage vor zehn oder zwölf Jahren, ist zwar viel erreicht worden, gemessen aber an dem, was notwendig ist, um die Volksgruppe auch für die Zukunft zu sichern und ihr die

Möglichkeit für die Erfüllung einer politischen Aufgabe im Grenzland in vollem Umfange zu geben, bleibt noch sehr vieles zu tun.

Breite organisatorische Grundlage

Die deutsche Arbeit in Nordschleswig wird von einer Vielzahl von Organisationen getragen — vom Bund deutscher Nordschleswiger über den Deutschen Schul- und Sprachverein und den Deutschen Jugendverband bis zu den Vereinen, die sich fachlichen, sozialen oder anderen Sonderaufgaben widmen. Gelegentlich ist die Frage aufgetaucht, ob es nicht zweckmäßiger sei, eine organisatorische Vereinheitlichung vorzunehmen, um die Arbeit auf diese Weise möglicherweise wirksamer zu gestalten. Auf der anderen Seite wird aber gerade über die Vielzahl der Organisationen ein verhältnismäßig großer Kreis angesprochen. Und es widerspricht wiederum der These von einer Existenzkrise, wenn wir feststellen können, daß sich in allen diesen Organisationen ein großer Kreis von ehrenamtlichen Mitarbeitern betätigt, der entscheidend dazu beiträgt, die Gemeinschaft in der gesamten Volksgruppe zu festigen. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Einzelorganisationen in den Orten und in ganz Nordschleswig Zusammenwirken und ihre Arbeit aufeinander abstimmen müssen. Die Arbeitszweige greifen ineinander über, und der eine Zweig trägt den anderen mit.

Tragfähiges und zeitgemäßes politisches Programm

Die Arbeit der deutschen Volksgruppe und mithin auch die Arbeit der einzelnen Verbände mußte sich nach 1945 zunächst darauf konzentrieren, das kulturelle Leben in Nordschleswig wieder aufzubauen.

Haben wir darüber hinaus ein Ziel, das in die Zukunft weist?

Haben wir als deutsche Volksgruppe eine Funktion,

die uns in die Probleme der Gegenwart unmittelbar hineinstellt?

Wir glauben, daß diese Frage eindeutig zu bejahen ist. Wir fühlen uns zu der Behauptung berechtigt, daß die Volksgruppe in den Jahren nach 1945 allein durch ihr Dasein und ihren Selbstbehauptungswillen zur Befriedung der gesamten Verhältnisse im Grenzland Schleswig zu beiden Seiten der Grenze beigetragen hat. Und wir wünschen die Zugehörigkeit zum deutschen Volk zu verbinden mit einem positiven Verhältnis gegenüber dem dänischen Staat. Es kommt darauf an, eine Synthese zwischen Volk und Staat im Grenzland zu finden, die Spannungen der Vergangenheit zu überwinden und im Sinne eines Ausgleichs zu einer fruchtbaren Wechselwirkung im Grenzland beizutragen.

Das ist dann auch die geeignete Grundlage, von der her — einmal die besonderen Probleme der Minderheit dem Staat gegenüber mit ganz besonderem Gewicht vertreten werden können und — zum anderen die Volksgruppe an den

allgemeinen politischen Fragen, die das Grenzland und das deutsch-dänische Verhältnis berühren, mitarbeiten kann.

Bei einer Erörterung der Lage der Minderheiten im schleswigschen Grenzland wird gelegentlich behauptet, daß ein Verzicht auf das politische Selbstbestimmungsrecht mit dem Ziel der Grenzverschiebung untragbar sei. Eine Minderheit, so erklärt man, könne nur zusammengehalten werden, wenn die Möglichkeit einer späteren Eingliederung des betreffenden Grenzgebietes in den Staatsverband des Muttervolkes als Ziel und Wunsch aufrechterhalten bleibe. Wir meinen von Nordschleswig her, daß eine Volksgruppe auch ohne eine solche Zielsetzung imstande ist, sich zu behaupten, und daß sie gerade bei einer politischen Linie, wie wir sie von Nordschleswig aus zu entwickeln versuchen, mitten in das Geschehen der Gegenwart hineingestellt wird und eine wichtige Funktion erfüllen kann, die in ihren Auswirkungen über ihren eigenen Bereich hinausgreift.

Eine dänische Stimme zur „Existenzkrise“

Man redet auf der Grundlage von statistischen Zahlen von einer Existenzkrise der nationalen Minderheiten des Grenzlandes. Die Existenz einer Minderheit ist jedoch niemals eine Statistik oder eine rationalistische Angelegenheit gewesen. Von außen gesehen, von dem Gesichtswinkel der Zahlen und der Mengen, wird es stets auf und ab gehen und zeitweise quer zu allem Opportunismus, Optimismus und Pessimismus, — und oft sind es gerade die Zeiten des Rückganges, die den Willen sammeln und den Mut anfeuern und den Gegendruck und Vorstoß herbeiführen, deren Ergebnisse dauerhaft sind.

In allem Grenzkampf liegt eine unangemessene Hoffnung, liegen irrationelle Werte, Imponderabilien: die unabwägbaren Dinge, die letzten Endes durch alle Existenzkrisen hindurch ausschlaggebend werden. Dasselbe gilt übrigens für eine Nation; wenn der Rationalismus und die Statistik in diese grundlegenden Gefilde hineindringen, ist die Nation zum Tode verurteilt.

Jørgen Bukdahl auf Skamlingsbanke 1958

Die Entwicklung der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig im Spiegel der Wahlergebnisse

1

Die Bedeutung der Wahlen als Stärkemesser der Minderheit wird von verschiedenen Seiten wenn nicht geleugnet, so doch stark angezweifelt. Das geschieht nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch grundsätzlich und ohne politische Nebenabsicht. Wahlen seien zu stark von der aktuellen und punktuellen Lage beeinflusbar, es sei deshalb nicht möglich, aus ihren Ergebnissen den vollen Umfang, die wirkliche Größe einer Minderheit zu erkennen. Statt der Wahlzahlen der politischen Wahlen — Gemeinde-, Kreistags-, Landtags- und Bundestagswahlen — müßten andere Kriterien für die Größe der Minderheit gefunden werden, vielleicht die Schülerzahlen der Minderheitenschulen. Hier würden lange Wellen sichtbar, die von den Geschehnissen des Tages nicht so abhängig und beeinflusbar seien. Weiterhin wären dann noch die Mitgliederzahlen der Vereine der Minderheit Gradmesser für die Stärke und ihre Veränderung Kennzeichen der Entwicklung.

Diesen Gedankengängen kann man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Es ist sicher so, daß einzelne Wahlergebnisse in ihrer absoluten Höhe oft situations- bedingt sind, aber — und das ist wohl entscheidend — durch einen längeren Zeitraum hindurch in Beziehung zueinander gesetzt, geben sie ein Bild der Entwicklung, das doch als Gradmesser nicht zu negieren ist. Und wenn nun die Entwicklung der aus den Wahlen, den Schüler- und Mitgliederzahlen gewonnenen Größen dieselbe Tendenz aufweisen und wie in den Wählerstimmen und Schülerzahlen eine annähernd genaue Parallelität zu verzeichnen ist — der Rückgang in den Stimmen von der Höchstziffer bis zur Bundestagswahl beträgt in beiden Fällen 68 Prozent — so wird die Bedeutung der Wahlen als „Barometer“ nicht abgeleugnet werden können.

Im übrigen besitzen wir — da es ein nationales Kataster hier nicht gibt — keine Möglichkeit, auf andere Weise Anhaltspunkte für Größe und Entwicklung der Minderheit zu erhalten. Schon die Mitgliederzahlen der dänischen Verbände besitzen nicht den gleichen Erkenntniswert; dem Außenstehenden wird nicht erkennbar, ob Doppelzählungen vorliegen oder nicht.

Betrachtet man Wahlen von der Minderheit aus — das gilt naturgemäß auch für die deutsche Minderheit in Nordschleswig —, so wird deutlich, daß die Teilnahme

an den Wahlen einfach lebensnotwendig ist. Das gilt insbesondere für die Wahlen zum höchsten Parlament, auch wenn keine Aussicht besteht, einen Vertreter durchzubringen. Das einzelne Mitglied der Minderheit muß bereit sein, ein Bekenntnis abzulegen. Fehlt diese Bereitschaft, ist es um die Lebenskraft der Minderheit nicht gut bestellt. Ein immer erneuter Einsatz muß gefordert, aber es muß auch zu einer solchen Gelegenheit gegeben werden. Es ist deshalb verständlich, wenn Vorschläge abgelehnt werden, eine besondere politische Wahl nicht zu treffen, vielmehr die Glieder der Minderheit aufzufordern, ihre Stimme einer der politischen Parteien des Herbergsstaates zu geben.

2

Die folgenden Übersichten und Statistiken sind überwiegend den Statistischen Jahrbüchern, den Statistischen Monatsheften und den Sonderveröffentlichungen des Statistischen Landesamtes (Schleswig-Holstein) entnommen oder auf Grundlage dieser Angaben errechnet. Wo kleine Ungenauigkeiten festgestellt werden, beruhen diese darauf, daß in Einzelfällen die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen zugrunde gelegt sind, sie sind im ganzen unbedeutend und gehen bei Prozentansätzen nicht über 0,1 Prozent hinaus. Sie zu eliminieren, wäre nur durch eine sehr zeitraubende Arbeit möglich.

Dänische Stimmen bei den Wahlen in Schleswig-Holstein seit 1946

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1953	1954	1955	1957
Bundestagswahl				75388 5,4			44585 ₂ 3,3			32262 2,5
Landtagswahl		99500 9,3			71864 5,5			42242 3,5		
Kreistagswahl	82100 ₁ 7,3 ₃		91631 6,4			65967 5,4			42097 3,9	
Wahlbeteiligung %		69,8	77,4	82,7	78,2	76,5	88,5	78,6	74,5	88,7

*1*errechnet *2*gültige Zweitstimmen *3*Die Prozentangaben beziehen sich auf sämtliche abgegebenen gültigen Stimmen in Schleswig-Holstein (Statistisches Jahrbuch 1957).

Die Übersicht zeigt neben dem absoluten Rückgang der dänischen Stimmen, der von 1947 bis 1957 rund 68 Prozent ausmacht, die verschieden große Wahlbeteiligung, die dazu führt, daß trotz absoluter Abnahme bei einzelnen Wahlen (1950, 1954 und 1955) der prozentuale Anteil der dänischen Stimmen

größer wurde. Man wird darin einen Beweis dafür sehen können, daß die geringe Wahlbeteiligung im allgemeinen nicht eine solche der Minderheit bedeutet. — Bei der Beurteilung der Entwicklung ist zu beachten, daß die Zeiträume zwischen den einzelnen Wahlen sehr ungleich sind.

Dänische Stimmen bei den Wahlen im Landesteil Schleswig 1947 bis 1957

B - Bundestagswahl, L - Landtagswahl, K - Kreiswahl

	L 20. 4. 47	K 24. 10. 48	B 14. 8. 49	L 9. 7. 50	K 29. 4. 51	B 6. 9. 53	L 12. 9. 54	K 24. 4. 55	B 15. 9. 57
Flensburg-Stadt	31814 60,7	30352 49,0	27151 44,0	26356 43,7	26523 43,4	19463 33,4	18901 36,1	19146 36,6	13826 26,2
Flensburg-Land	9874 25,9	8245 18,0	7146 16,0	6920 16,5	6381 17,3	4758 13,2	4387 13,3	4234 14,3	3440 10,7
Sütdonern	10578 32,7	10113 24,8	7668 20,3	7126 20,9	6485 21,1	4040 11,5	3570 13,1	3542 14,9	2935 10,7
Husum	9446 26,7	9177 22,0	7465 18,4	7222 19,5	6297 18,3	2948 8,2	2747 9,0	2858 10,6	1592 5,0
Eiderstedt	3997 31,4	3957 27,0	3742 25,4	3436 25,8	2503 20,6	1647 13,7	1595 15,1	1666 17,6	1211 12,5
Schleswig	17718 30,5	16245 23,4	12669 18,1	12458 18,9	10809 18,7	6992 11,9	6306 11,8	6763 14,3	4749 9,2
Eckernförde	7134 19,0	6153 14,2	4520 9,6	4244 9,7	4726 12,8	2360 6,0	2406 6,8	2422 8,0	1558 4,5
Rendsburg Nord	7279 28,9	6764 22,3	3730 11,6	3101 10,5	1885 6,9	1592 5,0	1344 3,2	1210 5,1	814 2,8
Landesteil Schleswig ¹	97840 34,0	91006 26,5	73306 22,2	70963 22,9	65609 23,4	43800 15,0	41923 16,6	41806 18,5	30125 ² 11,2

¹ ohne Pries und Hollenau. ² ohne Briefwahlstimmen (etwa 1000 im Landesteil Schleswig)

Der zeitliche Zwischenraum der Wahlen

1947 und 1948	18 Monate	1941 und 1953	28 Monate
1948 und 1949	10 Monate	1953 und 1954	12 Monate
1949 und 1950	11 Monate	1954 und 1955	7 Monate
1950 und 1951	9 Monate	1955 und 1957	28 Monate

Diese kleine Aufstellung macht es deutlich, daß die rückläufige Bewegung der Stimmenzahlen nicht abrupt, sondern ungefähr gleichmäßig durch die letzten zehn Jahre vor sich ging, liegen doch die starken Abnahmen nach einem langen Zwischenraum (28 Monate).

Die Tatsache, daß in den Landtags- und Kreistagswahlen die Stimmenzahl gegenüber der vorhergehenden Bundestagswahl nicht allzustark zurückging, ja in einzelnen Fällen kaum ein Rückgang zu verzeichnen war, verführte der Minderheit wohlgesinnten Persönlichkeiten zu der Meinung, jedenfalls zu Äußerungen, nun sei die Stabilisierung der Minderheit sichtbar zu erkennen, um dann durch die nächste Wahl — z. B. 1953 und 1957 — eines anderen belehrt zu werden. Wie war nun die Entwicklung in den einzelnen Kreisen? (Siehe dazu auch die Tabelle auf der Seite 111.)

Die Höhe des Gesamtrückganges der dänischen Stimmen in %

Rendsburg (Nord)	90 %	Südtondern	71 %
Eckernförde	78 %	Eiderstedt	70 %
Husum	75 %	Flensburg Land	66 %
Schleswig	73 %	Flensburg Stadt	56 %
Gesamt Landesteil Schleswig 68 %			

Der Anteil der gültigen dänischen Stimmen an der Gesamtzahl der Stimmen

Flensburg Stadt	26,2 %	Schleswig	9,2 %
Eiderstedt	12,5 %	Husum	5,0 %
Flensburg Land.....	10,7 %	Eckernförde	4,5 %
Südtondern	10,7 %	Rendsburg (Nord)	2,8 %

Von der Gesamtzahl der dänischen Stimmen wurden abgegeben

Flensburg Stadt	46,0 %	Husum	5,2 %
Schleswig	15,8 %	Eckernförde	5,2 %
Flensburg Land.....	11,4 %	Eiderstedt	4,0 %

Südtondern 9,7 % Rendsburg (Nord) 2,7 %

Ist man mit einer annähernden Genauigkeit zufrieden, so kann die Entwicklung der dänischen Minderheit, wie sie in den Wahlzahlen zum Ausdruck kommt, zusammengefaßt etwa so formuliert werden:

1948 stimmte im Landesteil Schleswig jeder vierte Wähler dänisch, 1953 war es jeder sechste und 1957 war es jeder neunte.

3

Da oftmals die Meinung vertreten wird, Umfang, Stärke und Entwicklung der dänischen Minderheit wären in den Schülerzahlen sicherer als in den Wahlzahlen erkenntlich, folgen hier einige Angaben über das Schulwesen der Minderheit.

Die Schülerzahlen der privaten Schulen der dänischen Minderheit

1945	512	1952	10 988
1946	5 365	1953	9 980
1947	9 484	1954	8 855
1948	14 128	1955	7 651
1949	14 096	1956	6 705
1950	13 212	1957	5 890
1951	12 112	1958	5 417

Der Rückgang der Schülerzahlen seit 1948 beträgt also 68 %.

Da erst seit 1951 genauere Angaben über das dänische Schulwesen vorliegen, kann die folgende Aufstellung erst von diesem Jahre an gegeben werden.

Einschulungen und Entlassungen bei den dänischen Schulen

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Ersteinschulungen	826	632	746	571	556	496	481	484
Zahl der Schulen, in denen keine Ersteinschulungen zu verzeichnen waren	1357	1537	1485	1311	1446	1305	1159	897
Entlassungen	9	15	4	12	15	14	11	20
Anteil der Schüler an der Gesamtzahl der Volks- und Mittelschulen im Landesteil Schleswig in %		11,6	11,4	11,0	10,2	9,4	8,6	8,1

Wenn die Einschulungszahl des Jahres 1958 eine leichte Steigung aufweist, so ist das (nach Angaben der dänischen Presse) wohl auf die in der letzten Zeit geforderte

Verpflichtungserklärung der SSV-Mitglieder, ihre Kinder in die dänische Schule zu schicken, zurückzuführen.

Das Schulwesen der dänischen Minderheit — Stand vom 1.5.1958
(Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 1.5.1957)

Kreis	Zahl der Schulen	Zahl der Schüler	Entlassungen	Einschulungen	Ab- oder Zunahme der Schüler		Anteil an der Gesamtschülerzahl (Volks- u. Mittelschul.) in %	
					absolut	in %		
Flensburg-Stadt	9 (9)	2342 (2508)	349 (490)	201 (210)	166 (319)	6,6 (11,3)	18,7 (21,0)	
Flensburg-Land	22 (22)	520 (581)	80 (95)	49 (54)	61 (63)	10,5 (9,8)	7,1 (7,8)	
Südtondern	18 (18)	480 (554)	104 (115)	3 5 (46)	74 (86)	13,4 (13,4)	5,7 (7,0)	
Schleswig	20 (20)	1015 (1128)	193 (232)	95 (93)	113 (197)	10,0 (14,9)	8,1 (8,7)	
Husum	5 (5)	228 (266)	43 (69)	16 (17)	38 (73)	14,3 (21,5)	2,6 (3,0)	
Eiderstedt	5 (5)	230 (240)	37 (51)	28 (16)	10 (19)	4,2 (7,3)	8,6 (8,9)	
Eckernförde	4 (4)	343 (358)	59 (66)	35 (27)	15 (48)	4,2 (13,4)	3,9 (3,9)	
Rendsburg nördl. der Eider	2 (2)	259 (255)	32 (41)	25 (18)	+ 4 (10)	+ 1,5 (3,9)	3,6 (3,5)	
Landesteil Schleswig	85 (85)	5417 (5890)	897 (1159)	484 (481)	473 (815)	8,0 (12,2)	8,1 (8,6)	
Schulart	Schüler		Lehrkräfte		Schüler je Klasse		Schüler je Lehrer	
Volksschulen	4741 (5137)		278 (306)		16,1 (16,3)		17,1 (16,3)	
Mittelschulen	464 (561)		38 (51)		16,0 (18,7)		12,2 (11,0)	
Höhere Schulen	212 (192)		15 (24)		19,3 (19,3)		14,1 (8,0)	

Wie verschieden der Rückgang der Schülerzahlen in den einzelnen Kreisen ist, zeigt folgende Aufstellung:

Rückgang der Schülerzahlen (Minderheitenschulen)

Kreis	Höchste Schülerzahl	Jetzige Schülerzahl	Rückgang in %
Flensburg Stadt	6 990	2 342	66,4
Flensburg Land	1 797	520	71,0
Südtondern	1 642	480	70,5
Schleswig	3 477	1 015	70,3
Husum	545	228	58,2
Eiderstedt	655	230	64,4
Eckernförde	639	343	46,3
Rendsburg a. d. E.	268	259	3,3
Landesteil Schleswig	16 013	5 417	66,3

Ein unmittelbarer Vergleich mit der bei Tabelle 3 errechneten Zahl ist nicht möglich, weil in den verschiedenen Kreisen die höchste Schülerzahl nicht zu demselben Zeitpunkt erreicht wurde. Überhaupt muß bei dem Rückgang der Schülerzahlen berücksichtigt werden, daß diese in den letzten Jahren allgemein rückläufig waren. Der besonders starke Rückgang in den öffentlichen Schulen des Landesteils Schleswig ist aber wesentlich durch die Umsiedlung der Vertriebenen bedingt. Leider ist es nicht möglich, diese Größe zu eliminieren und den natürlichen Rückgang festzustellen. Von der Umsiedlung wurden die dänischen Schulen kaum betroffen.

Der ständige Rückgang der Schülerzahlen führte dahin, daß von den 85 Schulen heute 9 von weniger als 10 und 19 von weniger als 15 Schülern besucht werden. Als dritte Quelle, die Aufschluß über Größe und Entwicklung der Minderheit gibt, seien nun die Mitgliederzahlen des Südschleswigschen Vereins (SSV) seit 1945 angeführt.

Mitglieder des SSV (einschließlich des Vereins der „nationalen Friesen“)

Nach Angaben der dänischen Presse

1945	2 728	1952	57 118
1946	11 801	1953	51 807
1947	66 317	1954	47 120
1948	74 683	1955	42 686
1949	74 510	1957	36 400
1950	67 945	1958	34 302

1951 61 791

Rückgang von 1948 bis 1958 = 54.7 %

Um das Zahlenmaterial abzurunden, werden noch einige Angaben gemacht, die für die Beurteilung der nationalen Verhältnisse im Landesteil Schleswig nicht ohne Bedeutung sind.

Wahlzahlen aus der Zeit von 1921 bis 1932

Dänische Stimmen in den Kreisen, und zwar jeweils die höchste Stimmenzahl

Flensburg Stadt	4569	Reichstagswahl 1924
Flensburg Land	917	Reichstagswahl 1924
Südtondern	506	Kreistagswahl 1929
Schleswig	1209	Kreistagswahl 1925
Husum	88	Reichstagswahl 1924
Eiderstedt	123	Reichstagswahl 1924
Eckernförde	50	Reichstagswahl 1924

Die Muttersprache

Nach den Ergebnissen der Volkszählungen von 1946 und 1950

Kreis	1946	1950
Flensburg Stadt	4413	3064
Flensburg Land	1084	727
Südtondern	1608	1089
Schleswig	779	505
Husum	162	219
Eiderstedt	59	126
Eckernförde	103	134
Rendsburg	118	127

Die dänische Umgangssprache in den Gemeinden südlich der Grenze befindet sich weiterhin in starkem Rückgang.

*Ich weiß sehr wohl, man soll Politik nicht mit dem Herzen machen,
und doch glaube ich, daß es auch der Politik
nicht schaden kann, wenn das Herz dabei etwas mitspricht.*

Graf v. Brockdorff-Rantzau † 1928

Ein Kurzbericht über Kurzberichte

Die in diesem Heft an anderer Stelle veröffentlichte allgemeine Schilderung der gegenwärtigen nationalen Situation im Landesteil Schleswig wurde ergänzt und abgerundet, zum Teil auch neu beleuchtet durch eine Reihe von Einzeldarstellungen aus verschiedenen Orten unseres Grenzlandes, jede die besondere Situation dieses Ortes schildernd und ein farbiges und ein nuancenreiches Bild des nationalen Heute ergebend. Leider fehlte in diesem Mosaik eine eingehende Schilderung der Flensburger Verhältnisse, die aus dem Gesamtbilde nicht auszuklammern sind.

Schulrat Fichtels Vortrag am Schlusse der Tagung beschränkte sich auf eine umfassende und außerordentlich interessante geschichtliche Darstellung der Flensburger Schulverhältnisse im Hin und Her der Auseinandersetzung zwischen Deutsch und Dänisch, deren Veröffentlichung in den Grenzfriedensheften zu einem anderen Zeitpunkt vorgesehen ist.

Trotz der verschiedenen Ausgangspunkte und Betrachtungsweisen der Berichtenden, der in ihrem Gewicht und ihrer Bedeutung nicht gleichen Unterlagen ergab sich aus den Schilderungen doch ein realistisches, auf die unmittelbare Gegenwart bezogenes Bild des gegenwärtigen Standes und der heutigen Form der nationalen Auseinandersetzung in Südschleswig. Zweifellos wurde durch die Einzeldarstellungen an Lebendigkeit und Farbigkeit der Details gewonnen, was an Abrundung des Bildes im ganzen notwendigerweise fehlen mußte. Gerade die Einzelheiten brachten eine Fülle von Anregungen und Hinweisen für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation und für die Arbeit des Alltags.

*

Folgende Orte waren für eine Darstellung ausgewählt worden: Jarplund als Beispiel einer Gemeinde im Einzugsgebiet einer größeren Stadt, Bredegatt als Dorf in Angeln, Karby-Rieseby als kennzeichnend für Schwansen, Hattstedt war stellvertretend für den Kreis Husum, Tating hatte man gewählt für den Kreis Eiderstedt, Tönning wegen seiner besonderen nationalen Problematik und Büdelsdorf als ausgesprochene Arbeitergemeinde im Kreise Rendsburg.

Aus Jarplund war besonders interessant, wie wenige alteingesessene Dänischgesinnte (Kolonisten) den Kristallisationspunkt bilden für den heutigen Kreis der dänischen Minderheit. Es fiel auch auf, daß der dänischen Volkshochschule Jarplund irgendwelche Bedeutung für das Dänentum im Dorfe nicht beigemessen wird.

Der Bericht für Bredegatt plädierte — bei einem Volkskundler verständlich — für

die Anwendung der Arbeitsmethoden seines Fachgebietes auch bei der Erforschung nationaler Verhaltensweisen und zeigte an einigen Beispielen, wie man aus einer Summe von Einzelbeobachtungen zu Schlußfolgerungen von allgemeinerer Gültigkeit kommen kann.

Für das heutige Dänentum auf Schwansen machte der Bericht vor allem den Bevölkerungsüberdruck nach 1945 verantwortlich — Karby-Rieseby zählte zu dieser Zeit 1500 Einheimische und 1800 Heimatvertriebene. Von einem bodenständigen Dänentum könne auf Schwansen keine Rede sein, wenn vielleicht auch Reste alter Privilegien aus dänischer Zeit hier und da gewisse Sympathien für den Norden erhalten hätten.

Hattstedt erschien als Beispiel für die Rolle einzelner führenden Familien bei dem Übergang zum Dänentum nach 1945.

Bei dem Bericht aus Tating wurde deutlich die Bedeutung wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Arbeitgeber und unbürokratische Hilfeleistung in wirtschaftlich schwieriger Lage. Und noch ein anderes kam zum Ausdruck — wenn auch nicht für Tating selbst, so doch für Teile Eiderstedts bedeutsam: Frühere Rechtsradikale der verschiedensten Observanz — Landvolkbewegung (Bombenleger), Tannenberger, Nationalsozialisten — fanden es 1945 gut, bei der Minderheit unterzuschlüpfen.

Das gleiche, nur mit umgekehrten Vorzeichen, ereignete sich 1933 in Tönning, wo die kleine dänische Minderheit Zuwachs erhielt aus der politischen Linken, die Zuflucht suchte vor den Nachstellungen des Nationalsozialismus. Im übrigen wies der Tönninger Bericht darauf hin, daß zu Beginn des Prozesses der Nationalitätentrennung vor mehr als hundert Jahren Tönning gut schleswig-holsteinisch gesinnt gewesen und die Hinwendung zum Dänentum erst sehr jungen Datums ist. Ursache hierfür ist nach seiner Ansicht das Schicksal Tönning als Stadt, die von ihrer Bedeutung als Hafen- und Schiffsstadt laufend eingebüßt und damit jahrelang wirtschaftliche Schwierigkeiten und sozialen Abstieg für viele gebracht hat. Das Ergebnis: Hinwendung zum Dänentum.

An den heutigen nationalen Verhältnissen in Büdelsdorf zeigte der Bericht, welche Rolle soziale Notlage, die mangelnde Fähigkeit, mit den Tücken des Alltags fertigzuwerden, das Stehen auf der Schattenseite des Lebens bei der Hinwendung zum Dänentum nach 1945 gespielt haben. Er wies besonders auf den hohen Anteil der Kinderreichen, alleinstehender Frauen und alter Leute in der dänischen Minderheit hin, wobei offensichtlich nicht das nationale Bekenntnis, sondern soziales Schutzbedürfnis das ausschlaggebende Motiv für den Anschluß an die Minderheit ist.

*

Von allen Berichtern und besonders auch in der Aussprache wurde in überraschend starkem Maße die soziale Lage des einzelnen und bestimmter

Bevölkerungsschichten als Ursache für den Anschluß an die dänische Minderheit nach 1945 und das Verbleiben in ihr herausgestellt, ja man gewann ganz stark den Eindruck, daß es sich bei der Hinwendung zum Dänentum im Grunde um einen zum Teil politischen, aber überwiegend sozialen Protest in nationalem Gewände gehandelt hat.

Die ausschlaggebende Bedeutung des Sozialen bei der Beurteilung der nationalen Entwicklung in Südschleswig ist vom Grenzfriedensbund immer betont worden, ja diese Einsicht hat eine entscheidende Rolle bei seiner Gründung gespielt. Die Einzelberichte der diesjährigen Tagung unterstrichen in eindrucksvoller Weise diese Auffassung.

*

Eingangs wurde erwähnt, daß in der Berichterstattung Flensburg — aber auch Schleswig und Husum — fehlen. In dem vor einiger Zeit erschienenen Fünfjahresbericht des Deutschen Grenzvereins geht Landrat Dr. Schlegelberger kurz auf die Sonderlage Flensburgs ein. Dr. Steinhäuser fügt in der Korrespondenz Deutsches Schleswig daran einige Schlußfolgerungen, die für den Grenzfriedensbund gleichfalls eine erfreuliche Bestätigung der von ihm vertretenen Auffassung des Nationalitätenproblems in Südschleswig als eines überwiegend sozialen sind. Wir zitieren:

„Was die nach 1945 steil ansteigende Kurve der dänischen Stimmen in dieser Stadt (Flensburg) anzeigt, ist nach unserer Auffassung ein totaler Bruch in dem so gut wie abgeschlossenen geschichtlichen Prozeß der nationalen Sonderung der beiden Völker. Die Schwankungen (der dänischen Stimmen) in Flensburg seit 1920 ... sind, auf das Ganze des Landesteils Schleswig gesehen, ungewöhnlich. Sie sind nicht beispielhaft, sondern eine Ausnahme, die allerdings besonders kraß zeigt, daß hier äußere politische Ereignisse sich auswirken, die auf unser Volkstumsproblem nur einen bedingten Einfluß haben ... Mit anderen Worten: Es handelt sich im Falle Flensburgs — und in geringerem Umfange in anderen Städten des Landesteils — zum Unterschied von der weniger oder kaum berührten bäuerlichen Bevölkerung — auch, wie wir meinen, um ein soziologisches oder soziales Problem, dessen Lösung die entsprechenden Mittel erfordert.“

Theoretische Grundlagen sozialdemokratischer Nationalitätenpolitik

Eine in sich geschlossene, tragfähige und bestimmende theoretische Grundlage für ihre Nationalitätenpolitik haben heute weder die Sozialdemokratie noch irgendeine Gruppe des sogenannten „bürgerlichen Lagers“ zur Verfügung. Dennoch zwingt die Tatsache, daß diese beiden Lager auf dieselben nationalpolitischen Fragen oft verschieden antworten, zu dem Schluß, daß die Haltung dieser Gruppen auch heute noch über rein pragmatische Erwägungen hinaus von weltanschaulich-ideologischen, von theoretischen Überlegungen bestimmt wird. Woher diese mentalen Residuen stammen, das soll für die Sozialdemokratie hier zum Teil darzustellen versucht werden.

Dabei wird man über die im Schoße der reichsdeutschen Sozialdemokratie erfolgte theoretische Erörterung und Kanonisierung der Grundlagen für die praktische sozialistische Politik hinausgreifen müssen. Denn dieser ganze nationale Fragenkomplex spielte zu der Zeit, in der im Anschluß an Karl Marx eine allseitige theoretische Fundierung der sozialistischen Anschauungen, Aufgaben und Forderungen und ihrer praktischen Konsequenzen erfolgte, in Deutschland nur eine sehr geringe und untergeordnete Rolle. Es war dies die Zeit des bismarckschen kleindeutschen Reiches, und Deutschland war ein relativ einheitlicher Nationalstaat.

Anders dagegen lagen die Verhältnisse in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, die unter einer Krone eine Vielzahl von Völkern zusammenfaßte und ein ausgesprochener Nationalitätenstaat war. Und als diese Völker sich, als Folge der Französischen Revolution, im Anfang des 19. Jahrhunderts ihrer eigenen Nationalität bewußt wurden, da wurde die Bewältigung der Nationalitätenfrage zu einer Existenzfrage des Habsburgerreiches überhaupt. Daher wurde auch die in Österreich aufstrebende Sozialdemokratie, wollte sie überhaupt politisches Gewicht erlangen, zu einer umfassenden und grundsätzlichen Auseinandersetzung und Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex genötigt. Diese vornehmlich von Otto Bauer und Karl Renner geleistete Arbeit kann aber wegen der engen geistigen und persönlichen Beziehungen und Verflechtungen gerade zwischen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie auch als grundlegend für die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Nationalitätenfrage angesehen werden.

Allerdings befand sich die Sozialdemokratie gegenüber der Problematik der nationalen Frage und ihrer Bewältigung in keiner vorteilhaften Lage. Glaubte man

doch, ganz im Sinne der ökonomisch determinierten Evolutionstheorie nach Marx, daß mit der zunehmenden Macht und Stärke des Proletariats die Schwächung und Abnahme der nationalen Gegensätze, ja des Nationalen überhaupt, funktionell verbunden sei. So heißt es schon im „Kommunistischen Manifest“: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebens-Verhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen.“ Daher sah man im Nationalismus, als einem der Haupthindernisse der internationalen Aktionseinheit der Arbeiterklasse, vorwiegend eines der Mittel, „durch die die herrschende Klasse sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Äußerung hindern wollte“ (O. Bauer). So stand die nationale Frage den Bestrebungen der sozialistischen Bewegung nach internationaler Solidarität, die sich im Gegensatz zu den trennenden nationalen Interessen auf Grund der internationalen Gemeinsamkeit der Klasseninteressen zu erreichen hoffte, direkt entgegen.

So wird man die Behandlung der Nationalitätenfrage auf dem Brünner Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs im Jahre 1899 wohl nicht nur staatspolitisch als einen Beitrag zur Überwindung der österreichischen Staatskrise ansehen müssen, sondern auch parteipolitisch als einen Versuch, die Einheit der Arbeiterklasse, zumindest im Bereich der Donaumonarchie, zu retten. Doch liegen diese beiden Motive nicht miteinander im Widerstreit, ebenso wie die bestmögliche Lösung der Frage sowohl für den Staat wie für die Partei dieselbe sein muß. Denn beides sind „politische Wesen“, und ihr politischer Charakter ist keine nationale Eigenschaft, die in ihren jeweiligen nationalen Erscheinungsformen als Staaten und Parteien im Wesen verschieden ist. Zwecke und Ziele sowohl aller Staaten wie aller Parteien sind im Wesen dieselben, mögen sie in ihren jeweiligen Erscheinungsformen auch nationale Eigenarten annehmen, nämlich: die Gewinnung von Macht durch die Parteien und Benutzung dieser Macht zur Durchsetzung ihrer politischen Ideale im Staat. Politik und Nationalität, Staat und Nation können und müssen deshalb in einem Staat und einer Partei, die mehrere Nationen umfassen soll, voneinander getrennt werden.

Von diesem Grundgedanken aus verkündete das auf dem Brünner Parteitag beschlossene Nationalitätenprogramm der SPÖ folgerichtig „die nationale Autonomie als das nationale Programm der Arbeiterklasse“ (O. Bauer). Nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts sollen danach den Nationen ihre nationalen Angelegenheiten als Angelegenheiten der Selbstverwaltung übertragen werden. Damit gewährte man einerseits den Nationen die freie Entfaltung ihrer nationalen Eigenart, auf der anderen Seite befreite man den Staat von der Bürde, daß sich jede nationale Frage einer Nation zu einer politischen Macht- und Existenzfrage

für den Gesamtstaat ausweitet, die dieser auf die Dauer nicht erträgt. Nationale Autonomie auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, das war das Prinzip der Sozialdemokratie. Aber in der programmatischen Fassung des Brünner Parteitages war es eben auch nur ein Prinzip. Die Aufgabe, diese programmatisch-abstrakte Forderung des Brünner Programms auf eine konkrete, verwirklichungsfähige theoretische Grundlage zu stellen, unternahmen Karl Renner und Otto Bauer.

Renner veröffentlichte noch im Jahre 1899 unter dem Pseudonym „Synoptikus“ seine Broschüre „Staat und Nation“, die schon die wesentlichen Grundzüge der in seinen späteren Werken entwickelten Theorie der zweidimensionalen Föderation enthält. Diese Theorie wurde dann in dem im Jahre 1902 von ihm unter dem Pseudonym Rudolf Springer erschienenen Buch „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“ auf die Verhältnisse im Habsburgerreich übertragen. Die 1918 unter dem Titel „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, I. Teil: Nation und Staat“ erschienene zweite, umgearbeitete Auflage dieses Werkes unterscheidet sich in ihren Grundlagen nicht wesentlich von der ersten Bearbeitung.

Während Renner als Realpolitiker und Jurist an die Lösung des Problems ganz praktisch herangeht und weltanschauliche und ideologische Grundlagen weitgehend ausklammert — deshalb soll er auch in diesem Rahmen unberücksichtigt bleiben —, untersucht Otto Bauer die Frage in seinem 1907 erschienenen Werk „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ als wissenschaftlicher Forscher, wobei ihm der Marxismus weltanschauliche Grundlage und methodologisch-heuristisches Prinzip ist. Bauer entwickelt zuerst aus historischer Schau eine „allgemeine Theorie der Nationalität“ (Kautsky) und kommt im praktischen Teil zu einem Ergebnis, das im wesentlichen auf dem Plan Renners aufbaut, von dem Bauer sagt: „Diese von Springer entworfene Verfassung macht dem Machtkampf der Nationen völlig ein Ende“, wobei dann durch die List der Vernunft für das Proletariat gleichzeitig ein Erfolg herauschaut, denn „den Aufmarsch der Klassen hemmt nun kein nationaler Streit mehr.“

Karl Kautsky sagt in einer Besprechung der Werke von Bauer und Renner: „Beide wissen die Methode des historischen Materialismus vortrefflich zu handhaben. Wie wenig diese Methode eine Schablone ist, tritt dabei deutlich zutage in der Verschiedenheit der Schriften der beiden Autoren, die beide denselben Gegenstand behandeln ... Man könnte sagen, daß bei Renner die lassallesche, bei Bauer die marxische Denkweise überwiegt.“ Als echtem Schüler Hegels spielt in der Philosophie Lassalles der Staat eine gewichtige Rolle. Nach Lassalles Lehre sollte der Marxismus durch das bestehende Staatensystem eingeführt werden. Sein Denken war primär etatistisch-evolutionär. Und ebenso tritt uns Renner in seinen Werken gegenüber. Im Gegensatz dazu hatte Marx die Hegelsche

Philosophie auf den Kopf gestellt. Er wollte den Staat zerstören, bevor der Sozialismus verwirklicht werden konnte. Sein Denken war primär ökonomisch-revolutionär. Darauf gründet sich sein System, und in dies marxistische Gedankengebäude versuchte Bauer den Kampf der Nationen um volle nationale Freiheit und Selbstbestimmungsrecht einzubauen, indem es das Streben nach nationaler Freiheit an die marxistische Dialektik koppeln will. Doch wird er dabei immer wieder zu Kompromissen mit der von ihm selbst erlebten und von der Partei erlittenen Wirklichkeit des österreichischen Nationalitätenstaates gezwungen, die ihm dann „doch schon eine bessere Dialektik einpaukt“ (H. Heller).

Bauer definiert die Nation als eine aus Schicksalsgemeinschaft bestehende Kultur- und Charaktergemeinschaft. Doch ist dies kein von vornherein geschlossener Verband, aus dem niemand heraus noch herein kann und dem alle Volksgenossen angehören. Sie ist in erster Linie nicht Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung, sondern immer Aufgabe, und bei Bauer primär ökonomisch-sozial. „So ist uns die Nation kein starres Ding, sondern ein Prozeß des Werdens, in ihrem Wesen bestimmt durch die Bedingungen, unter denen die Menschen um ihren Lebensunterhalt und um die Erhaltung der Art kämpfen. Und da die Nation noch nicht in dem Zustand entsteht, wo die Menschen ihre Nahrung nur suchen, nicht erarbeiten, wo sie ihren Lebensunterhalt durch bloße Inbesitznahme, Okkupation, gefundenen herrenlosen Gutes gewinnen, sondern erst auf der Stufe, wo der Mensch die Güter, deren er bedarf, der Natur durch Arbeit abgewinnt, so ist das Entstehen der Nation, so ist die besondere Eigenart jeder Nation bedingt durch die Arbeitsweise der Menschen, durch die Arbeitsmittel, deren sie sich bedienen, durch die Produktivkräfte, die sie beherrschen, durch die Verhältnisse, die sie in der Produktion eingehen. Die Entstehung der Nation, jeder einzelnen Nation, als ein Stück des Kampfes der Natur mit der Menschheit zu begreifen — das ist die große Aufgabe, zu deren Lösung uns die historische Methode Karl Marx' befähigt hat“, sagt Otto Bauer (S. 120/121); und er stellt dann fest: „In der auf dem Sondereigentum an Arbeitsmitteln beruhenden Gesellschaft bilden die herrschenden Klassen — einst die ritterlich lebenden, heute die Gebildeten — die Nation als die Gesamtheit derer, in denen gleiche, durch die Geschichte der Nation geformte Bildung, vermittelt durch die Einheitssprache und die nationale Erziehung, Verwandtschaft der Charaktere hervorbringt. Die breiten Volksmassen bilden aber nicht die Nation“ (S. 136).

Nationszugehörig ist hiernach also nur derjenige, dem seine wirtschaftliche und soziale Stellung ermöglicht, an der nationalen Gemeinschaft teilzunehmen. Eine solche Teilnahme ist den arbeitenden Volksschichten aber unter dem herrschenden wirtschaftlichen System nicht möglich, so daß die Proletarier nicht eigentlich Nationsgenossen, sondern die „Hintersassen der Nation“ sind. „In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse von der nationalen

Kulturgemeinschaft ausgeschlossen. Die herrschenden und besitzenden Klassen eignen sich allein die nationalen Kulturgüter an. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei strebt danach, die nationale Kultur, das Erzeugnis der Arbeit des Volkes, auch zum Besitztum des ganzen Volkes zu machen und dadurch alle Volksgenossen zu einer nationalen Kulturgemeinschaft zusammenzuschließen, die Nation als Kulturgemeinschaft erst zu verwirklichen“ (S. 531).

Wie aber soll die Nation verwirklicht werden? Gefordert wird die Heranziehung des ganzen Volkes zur Kulturgemeinschaft. Kultur ist aber auch nach Bauer immer notwendig national. Er sagt selbst: „Auch durch die begriffliche Heraushebung der allen oder mehreren Nationen gemeinsamen Kulturelemente kann die Tatsache nicht aufgehoben werden, daß es nirgends eine andere als eine nationale Kultur gibt... Weil aber die Arbeiterklasse noch keine Klasse der Nation ist, so ist sie auch keine nationale Klasse mehr.“ Sie hat im Moment lediglich Wirtschaftsinteressen, die aber nicht national differenziert, sondern international sind. Diese internationalen Wirtschaftsinteressen verfolgt das Proletariat im Klassenkampf, der die Arbeiter in den Besitz der Arbeitsmittel und Produktivkräfte bringen soll. Diese Faktoren sind es nach Bauer aber auch, die die Entstehung und Eigenart jeder Nation bedingen. „Darum ist der Klassenkampf des Proletariats ein Kampf um den Besitz der nationalen Kultur“ (S. 798).

Hier erfolgt die Gleichsetzung von ökonomischem Klassenkampf und dem Streben nach nationaler Kultur, allerdings in der einseitigen funktionellen Abhängigkeit, daß nur der Sieg im Klassenkampf die nationale Kulturgemeinschaft verwirklichen kann. Denn da die Nation als Kulturgemeinschaft ein Produkt der ökonomischen Verhältnisse ist, kann nur derjenige zu ihr gehören und an ihr Anteil haben, der an den wirtschaftlichen Mächten und Kräften Anteil hat und dadurch auf die Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse einen Einfluß hat. Solange also die kapitalistische Gesellschaft besteht, ist das primäre Anliegen der Arbeiterklasse die Verfechtung ihrer wirtschaftlichen Interessen, um dann erst nach ihrer Durchsetzung die Nation als integrierte Kultur-, Charakter- und Schicksalsgemeinschaft zu verwirklichen.

Das ökonomische hat demnach sowohl in zeitlicher als auch in sachlicher Hinsicht die Priorität vor dem Nationalen. Da aber weder der Zerfall Österreichs innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sehr wahrscheinlich ist noch das nationale Element sich aus dem Leben und Denken der Völker eliminieren läßt und somit die notwendige proletarische Aktionseinheit bedroht, so muß eine Form gefunden werden, die beide Faktoren in dem geforderten Rangverhältnis zusammenfaßt. Hier nun mündet Bauers Theorie in Renners Verfassungsentwurf auf der Grundlage der nationalen Autonomie.

Diese „nationale Politik der modernen Arbeiterklasse ... darf evolutionistische Politik heißen, weil sie nicht nur die Weiterentwicklung des Nationalcharakters

nicht hindert, sondern weil sie erst das gesamte Volk zur Nation macht, zur Nation sich entwickeln lassen will“ (S. 160). Doch ist eine restlose Lösung des nationalen Problems im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich. Voraussetzung dafür ist der Sieg des Proletariats im Klassenkampf. Dies weiß auch die Arbeiterklasse, „daß sie, so groß die Erfolge ihres Kampfes auch sein mögen, in der kapitalistischen Gesellschaft doch nie in den vollen Besitz nationaler Kultur gelangen kann. Erst die sozialistische Gesellschaft wird die nationale Kultur zum Besitz des ganzen Volkes und dadurch das ganze Volk zur Nation machen. Darum ist alle evolutionistisch-nationale Politik notwendig sozialistische Politik“ (S. 164).

Doch ebenso, wie Renner erleben mußte, daß sein rein praktisch-juristisch auf den Staat bezogener Plan an der Wirklichkeit scheiterte, so erwiesen sich auch die von Otto Bauer aufgestellte, vorwiegend klassenbezogene Theorie der Nation und ihre praktischen Konsequenzen als illusionär. Allerdings nicht in dem Sinne, wie die Kritiker von links, an ihrer Spitze Karl Kautsky, meinten, nämlich das Bauer das Nationale auf Kosten des Internationalen überschätzt habe. Das Gegenteil war der Fall. Die von Bauer versuchte Gleichsetzung und Koppelung von nationalen Kulturinteressen und internationalen ökonomischen Klasseninteressen und innerhalb dieses Rahmens die Betonung der Vorrangigkeit der internationalen Klasseninteressen entsprach nicht der Realität. Der Grund für diese falsche Einschätzung mag in dem einseitig ökonomischen Nationsbegriff liegen, der für die viel wirksamere emotionale Komponente des Nationalgefühls keinen Raum ließ. Aber als Marxist war man eben rational-wissenschaftlich und verkannte dadurch die Wirklichkeit, so daß sie bald den Rahmen der Bauerschen Theorie sprengte.

Aus den bereits eingangs erwähnten Gründen kam es innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu keiner so eingehenden und grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage und zu keinem autochthonen Lösungsvorschlag. Soweit diese Frage hier theoretisch behandelt wurde, geschah dies in kritischer Auseinandersetzung mit den Werken der österreichischen Genossen, wobei der Beitrag Otto Bauers wegen seiner theoretisch-marxistischen Grundlage und der damit verbundenen Allgemeingültigkeit für den internationalen Sozialismus in erster Linie in Betracht kam.

So finden wir in Deutschland zwei Werke, die, von zwei ganz verschiedenen Standpunkten ausgehend, Otto Bauer kritisieren und dementsprechend zu je eigenen Auffassungen in der nationalen Frage kommen. Das eine, „Nationalität und Internationalität“, stammt von Karl Kautsky und erschien im Jahre 1908 als Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“. Das andere, „Sozialismus und Nation“ von Hermann Heller, erschien 1925 und in einer zweiten Auflage 1931.

Wie schon erwähnt, ist Kautskys Schrift „Nationalität und Internationalität“ nicht

das Ergebnis des Willens zur Systematisierung der eigenen Stellung, sondern entspringt der Kritik an Otto Bauer.

Der grundlegende Unterschied der beiden Auffassungen liegt schon in der Frage nach dem nationalen Individuationsprinzip. Bei Bauer war es das gemeinsame Schicksal, das die Menschen zur Kultur- und Charaktergemeinschaft führt und sie dadurch „Nation“ werden läßt. Von dieser Definition meint Kautsky aber, sie „ist entweder so vage aufzufassen, daß sie nichts zeigt, wodurch sich die Nation von anderen gesellschaftlichen Gebilden scheidet, oder sie stimmt nicht“ (S. 3). Jedes der drei Bestandteile dieser Definition versucht Kautsky dann einzeln an Beispielen als nationbildende Komponente ad absurdum zu führen, um zum Schluß sein eigenes Individuationsprinzip als einzig mögliches einzuführen: „Es ist nicht recht verständlich, warum Bauer es ablehnt, als dieses Band, oder vielmehr als das kräftigste der verschiedenen Bände, die die Nation vereinigen, jenes anzuerkennen, das offen zutage liegt: die Sprache“ (S. 6).

Sie ist es, die die Menschen zur Nation zusammenführt und ihnen die Teilhabe an der nationalen Kultur ermöglicht. Nun zeigt sich aber im Zuge der Entwicklung der modernen Wirtschaft und des Verkehrs, daß die Grenzen und Trennungslinien zwischen den Nationen und Kulturkreisen immer mehr fallen. Der überwiegende Teil der Kultur ist nicht mehr national, sondern international. Dadurch wird aber auch das Bedürfnis nach einer einheitlichen Weltsprache immer dringender. Diese wird von den Kaufleuten und Gebildeten wesensnotwendig noch forciert. So werden Wirtschaft und Wissenschaft zusehends internationaler. „In der Form des Aufkommens von Weltsprachen der Kaufleute und Gebildeten vollzieht sich der Zusammenschluß der Nationen zur internationalen Kulturgemeinschaft. Und nie ist dieser Zusammenschluß enger gewesen als jetzt, nie ist eine rein nationale Kultur weniger möglich gewesen“ (S. 15).

Das Ziel der sozialistischen Gesellschaft ist es, die Massen des Volkes soweit zu bilden, daß alle eine der Weltsprachen beherrschen und somit imstande sind, der ganzen internationalen Kultur teilhaftig zu werden, nicht bloß der besonderen Kultur einer einzelnen nationalen Sprachgemeinschaft. „Damit ist dann auch die Grundlage gegeben zum allmählichen Zurücktreten und völligen Verschwinden zunächst der Sprachen kleinerer Nationen; zur schließlichen Zusammenfassung der gesamten Kulturmenschheit in einer Sprache und in einer Nationalität.“ ... Doch nur der Sozialismus vermag dieses Ziel zu erreichen, und auch „er wird lange wirken müssen, ehe es ihm gelungen ist, die gesamten Volksmassen so hoch zu bilden, daß er merkbare Fortschritte macht“ (S. 17).

Da aber nun die menschlichen Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaften sich sehr viel schneller ausdehnen als die einheitlichen Sprachgemeinschaften, führt dies zum Auseinanderfallen dieser ursprünglich sich deckenden Gemeinschaften. Eine Folge dieser Diskrepanz ist auch der Nationalitätenstaat mit seiner inneren

Problematik. Zur möglichst reibungslosen Überwindung dieser zeitlichen Zwischenstufe hält auch Kautsky den von Renner entworfenen Plan der nationalen Autonomie für die bestmögliche Lösung. Nur bezweifelt er, speziell bei den gegebenen staatlichen Verhältnissen in Österreich, seine praktische Durchführbarkeit. Besonders fruchtbar hält er ihn auch für die Organisation der Partei, jedoch nur auf dem Gebiet der politischen und gewerkschaftlichen Propaganda. Denn so nützlich sie auf diesem Gebiet sein kann, „so gefährlich kann sie werden auf dem Gebiet der Aktion. Hier gilt es vor allem die Synthese zu finden zwischen nationaler Autonomie und zentralistischer Zusammenfassung ... jener Prinzipien, die beide gleich notwendig sind für den Kampf des Proletariats, von denen jedes für sich allein ungenügend, ja verderblich sein kann“ (S. 35).

So kommt Kautsky auf Grund seines anderen nationalen Individuationsprinzips zu einer ganz anderen „Theorie der Nation“ als Bauer. Während bei Bauer das Endziel in der sozialistischen Gesellschaft die nationale Kulturgemeinschaft ist, so besteht für Kautsky dieses Ziel in der internationalen Kulturgemeinschaft. Ihn „berührt es eigentümlich, wenn Otto Bauer ... es immer als ein Ziel des Sozialismus hinstellt, die Massen des Volkes in den Besitz der nationalen Kultur zu setzen“ (S. 15). Denn die nationalen Kulturen sind doch mehr und mehr im Schwinden. Und ebenso sie sich zu größeren Kulturgemeinschaften zusammenfinden, so fallen, „hat das Proletariat die politische Macht erobert, mit so vielen überkommenen Überlieferungen auch die überkommenen staatlichen Schranken“ (S. 35). Nation und Staat werden aufgehoben in der sozialistischen Gesellschaft, die darum notwendig nur international sein kann. So entspringt dem Sieg des Proletariats als Frucht die sozialistische Internationale.

Gegen diese Einebnung aller Kultur in die Wirtschaft — derart, daß sie als Überbau nur ein Reflex der ökonomischen Klassenkämpfe im Gehirn der Beteiligten ist — und ihrem Endprodukt — „ob eine Art Ido- oder Esperantokultur, danach hat Marx, den die Nationalitätenfrage überhaupt wenig beschäftigte, nicht gefragt“ —, wendet sich Hermann Heller. Auch er nimmt seinen Ausgang von der Kritik an Otto Bauer und zeigt die theoretische Unmöglichkeit auf, „von einer einseitig ökonomischen Geschichtsauffassung und einem einseitig ökonomischen Klassenbegriff überhaupt zu einem Wirklichkeitssozialismus zu gelangen“ (H. Heller, S. 34).

Wie wir gesehen haben, führte diese einseitig ökonomische Orientierung bei Bauer zur Verknüpfung von nationalen Kulturinteressen und internationalen wirtschaftlichen Klasseninteressen dergestalt, daß diese das determinierende Primat über jene besitzen. Das führt dazu, daß, solange die Herrschaft des Proletariats durch den Klassenkampf noch nicht erreicht ist, nationale Interessen und Belange für die Arbeiterklasse keine Bedeutung haben. Auf der anderen Seite ist aber „die Heranziehung des ganzen Volkes zur nationalen Kulturgemeinschaft“

ein erklärtes Ziel Bauers. Um dieses Ziel nicht zu gefährden, müßte die Arbeiterklasse aber an der Erhaltung und Entfaltung der nationalen Kulturgemeinschaft von vornherein das größte Interesse haben. Einmal soll also der Arbeiter sich um nationale Kultur nicht kümmern, ja da sie in ihrer gegenwärtigen Form der „Überbau“ der kapitalistischen Gesellschaft ist, sie im Klassenkampf bekämpfen. Auf der anderen Seite soll er aber gerade zur nationalen Kulturgemeinschaft herangezogen werden. Hier liegt ein Widerspruch vor, und „diese Widersprüche und völlig wirklichkeitsfremde Ansicht von dem Wege zur nationalen sozialistischen Kulturgemeinschaft gehen bei Bauer und allen anderen darauf zurück, daß sie von der Verwirtschaftlichung der Geschichte nicht loskommen können und außerdem die längst auch von Marxisten als falsch erkannte Verelendungstheorie noch immer mit ins Spiel bringen“ (S. 48). Danach ist die Arbeiterschaft eine Klasse, die, wie Marx im „Kapital“ sagt, „unter der ständig wachsenden Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung ... der völlige Verlust des Menschen ist, als nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann“. So wird der Proletarier auch alle Kultur verlieren, um sie in der sozialistischen Gesellschaft dann wiederzugewinnen. Aber diese Vorstellung, „daß dieser bis zur völligen Kulturlosigkeit entmenschte Mensch ... im Augenblick der Befreiung irgendwie umschlägt in den kulturerfüllten Menschen ... , an dieser ganz unmöglichen und außerdem durch die erlebten Tatsachen täglich widerlegten Theorie krankt nicht nur Bauers Gedankengang, sondern die gesamte sozialistische Bewegung“ (S. 48).

„Nein, man mag sich drehen und winden, solange man im Schema der einstufigen Horizontale des ökonomischen Geschichtsverlaufs bleibt, kommt man nie zur Vertikale der Kultur und Nation“; und der „Freiheitssprung des verelendeten und entarteten Proletariats mitten in die Fülle der nationalen Kultur hinein ist zugleich der Todessprung der Bauerschen Logik“ (S. 48/49). Die Parole des Klassenkampfes, in dem es nicht um die Vorherrschaft des Proletariats, sondern um ein neues Prinzip, eine neue Haltung geht, „die alle ökonomischen wie nicht-ökonomischen Lebensfragen aus einem anderen Geiste beantwortet als der kapitalistische Mensch, kann nur lauten: Klasse muß Nation werden! Nicht aus der Nation heraus, sondern in die Nation hinein wollen wir uns kämpfen“ (S. 43). Denn „die Nation ist eine endgültige Lebensform, die durch den Sozialismus weder beseitigt werden kann noch beseitigt werden soll. Sozialismus bedeutet keineswegs das Ende, sondern die Vollendung der nationalen Gemeinschaft, nicht die Vernichtung der nationalen Volksgemeinschaft durch die Klasse, sondern die Vernichtung der Klasse durch eine wahrhafte nationale Volksgemeinschaft“ (S. 35). Und der Arbeiter muß wissen, „daß man Mensch nur wird in einer nationalen Kulturgemeinschaft, wenn auch gewiß durch die wirtschaftlichen Verhältnisse

mitbestimmt, er muß wissen, daß Kultur sittliche Tat, eigenständige Formung eines vorgefundenen Materials, ideenbezogene Wirklichkeitsgestaltung ist, er muß wissen, daß der Gedanke, man könne mit den kapitalistisch entarteten Proletariern den Sozialismus aufbauen, ein sinnloser Utopismus ist, und er muß schließlich wissen, daß wirklicher Sozialismus nicht in der Luft, sondern in einer bestimmten Gemeinschaft, auf einem bestimmten Erdenfleck gebaut wird“ (S. 49). Mit diesem kritischen Beitrag von Hermann Heller hat die Sozialdemokratie auch im Bereich der prinzipiellen Theorie den luftleeren Raum der marxistisch bestimmten deduktiven Spekulation verlassen und sich an der Wirklichkeit orientiert. Dieser Schritt war aber nur eine nachträgliche Korrektur, denn in ihrer praktischen Politik in der Nationalitätenfrage haben sich sowohl Renner und Bauer als auch, allerdings mit Einschränkungen, Kautsky durch die Annahme des Systems der nationalen Autonomie weitgehend den Realitäten angepaßt, wenn auch ihrer Meinung nach nur vorübergehend. Doch als sich der prophezeite Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft als eine Illusion erwies und der „Revisionismus“ für die Partei mehr und mehr repräsentativ wurde, da bekam auch das Nationale seine eigene Bedeutung, und die nationale Autonomie, die zumindest bei Bauer und Kautsky mehr oder weniger nur ein Mittel im Klassenkampf gewesen war, wurde zum erstrebenswerten, endgültigen Ziel. Die endgültige Lösung der Nationalitätenfrage war nicht mehr automatisch an den ökonomisch determinierten gesellschaftlichen Strukturwandel gekoppelt, sondern wurde immerwährende eigenständige und ernstzunehmende Aufgabe der Politik auch für die Sozialdemokratie.

Schleswig - Brücke und Brandungszone

In öffentlichen Ansprachen und bei festlichen Anlässen wird das Land Schleswig oft mit einer Brücke verglichen, der die Aufgabe zugewiesen wird, das Bindeglied zwischen dem Norden und dem Süden zu sein. Es scheint allerdings, daß dieses Bild von der Brückenfunktion Schlesiws durch den übersteigerten Gebrauch in der Öffentlichkeit allmählich so stark abgenutzt ist, daß es langsam verschwindet. Soweit beobachtet werden konnte, waren die einheimischen Schleswiger im Gebrauch des Bildes von der Brücke zurückhaltender als manche Redner, die, vom Norden oder vom Süden gekommen, versuchten, Einfluß auf die Lage im Lande zu gewinnen. In Dänemark wurde das Bild von der Brücke gebraucht von einer Gruppe, die sich unter der Bezeichnung „Front og Bro“ (Front und Brücke) zusammengefunden hat. Dabei ist zu beachten, daß das Brückenbild durch die Nachbarschaft des Wortes Front eingeschränkt ist. Abgesehen von dieser Gruppe, gebraucht die dänische Öffentlichkeit das Bild von der Brücke nicht. Es darf daraus geschlossen werden, daß dieses Bild dem Normaldänen unsympathisch ist.

Wie steht es um das Bild von Brücke?

Eine Brücke muß die Verbindung herstellen über ein sonst schwer passierbares Hindernis hinweg. In frühen Zeiten war Schleswig mehr eine Brücke zwischen Ost und West als zwischen Nord und Süd; daran erinnert der Handelsweg Haithabu—Stapelholm. Andere Verbindungen, wie z. B. Lübeck—Hamburg oder die neuen Wege über Großenbrode und Fehmarn, benutzen Schleswig nicht als Brücke nach dem Norden, sie gehen an Schleswig vorbei. Es gab aber lange Zeitperioden, in denen der größte Teil der Verbindungen zwischen dem Norden und dem Süden über Schleswig ging. Die Hauptrichtung war zunächst vom Süden nach dem Norden, dann später aber auch vom Norden nach dem Süden. Zum Mitgestalten dieser Ströme, die über die Brücke gingen, wurden das Land und seine Bewohner nur selten aufgerufen. Land und Leute hatten meistens nur den Weg abzugehen, auf dem man seine Unternehmungen vorschob. So gesehen, gibt das Bild von der Brücke dem Lande Schleswig und den Schleswigern einen passiven Charakter. Über die Brücke Schleswig zogen die Kriegsvölker vom Norden und vom Süden oft genug. Kaiser Otto kam vom Süden, Waldemar vom Norden; Christian IV., Tilly und Wallenstein, Schweden und Polen, Preußen und Österreicher und andere zogen hin und her über die Brücke; Land und Leute mußten den Rücken hinhalten, waren der passiv leidende Teil. Passiv waren die Schleswiger auch zunächst, als

Uwe Jens Lornsen die Schleswiger zum aktiven Gestalten aufrief. Erst als das Eiderdänentum versuchte, das alte Zusammengehörigkeitsgefühl der Schleswiger und Holsteiner aufzuspalten, wich die Passivität, und man griff zu den Waffen, angeführt von den besten Männern des Landes. Aber abgesehen von solchen Einzelfällen, blieb die Grundeinstellung der Schleswiger passiv. Diese Passivität bestimmte auch das Verhalten, als Bismarck gegen den Willen eines großen Teiles der Bevölkerung das Land in den so andersgearteten preußischen Staatsverband eingliederte. Gekennzeichnet wurde diese Passivität durch die vielzitierte Glosse: Schleswig hat sich nicht befreit, es ist befreit worden. Auch die Haltung der Bevölkerung in den nördlichen Gebieten des Landes zur neuen preußischen Regierung war zunächst passiv abwartend, und erst als die Maßnahmen der preußischen Verwaltung die Bevölkerung aufreizten, wuchs die vom Norden her geschickt geführte aktive Betätigung im dänischen Sinne heran. Auch dem Austausch kultureller Werte zwischen dem Süden und dem Norden diente und dient Schleswig als Brücke. Vom Süden kamen deutsche Sprache, Literatur und Wissenschaft durch lange Zeiten nach dem Norden und bereicherten das dänische Geistesleben. Später kenterte der Strom, und das kulturelle Gefälle ging vom Norden nach dem Süden. Auch nationales Wollen griff oftmals hin und her über den schleswigschen Raum. Zeitweilig wollte Dänemark Herr der Ostsee werden; der Danebrog soll irgendwo in Livland vom Himmel gefallen sein. Das ist eine „Saga blot“, aber doch von Bedeutung für die Stellung des Brückenlandes Schleswig.

Die passive Note, die in dem Bild von der Brücke liegt, kommt der Art des schleswigschen Menschen entgegen. Wenn die Wogen verschiedener Färbung, vom Norden oder vom Süden kommend, heranrollten, duckte sich der Schleswiger und ließ sie über sich und sein Land brausen, er klammerte sich an seinen Boden mit zäher Kraft. Seinen Boden, sein Land, seine Lebensgrundlage gab er nie auf und ließ sich nur durch Gewalt von ihm verdrängen. Er spürt instinktiv, daß nur vom Boden seiner angestammten Heimat aus ein Wiederaufbau seines Lebens nach den Stürmen der Zeit möglich ist. Diese Haltung findet einen treffenden Ausdruck in dem in Dänemark viel gesungenen Lied: „Jyden han er stærk og sej ...“ Dem Schleswiger liegt das Verteidigen und das Festhalten mehr, als der Angriff; er ist kein Stoßtruppkämpfer. Diese zähe und erhaltende Kraft hat auch immer vermocht, Zugewanderte aus den anderen Gebieten zu Schleswigern zu machen, das hat die jüngste Zeit gezeigt durch die erstaunlich schnelle Einschmelzung der Heimatvertriebenen nach dem letzten Weltkrieg; besonders in den Kreisen der Jugendlichen sind sie nicht mehr von den Alteinwohnern zu unterscheiden. Das karge Land, der meist graue Himmel, die Stürme und das Meer haben im Laufe der Geschichte aus Wenden, Jüten, Pfälzern, Friesen und Ostdeutschen gute Schleswiger gemacht, umschlossen durch das Heimatgefühl.

Schleswig als Brandungszone

Neben dem Vergleich mit der Brücke findet man das Bild von der Brandungszone, um die Stellung Schleswigs zwischen Nord und Süd zu kennzeichnen. Dieser Vergleich gibt schon vom Bilde her einen lebhafteren und aktiveren Eindruck. Die Wellen vom Norden und vom Süden branden in das schleswigsche Land hinein, in normalen Zeiten wie eine leichtbewegte See, die dem Volksleben eine lebensfördernde Frische bringt. Brausten aber die Stürme vom Norden oder vom Süden, dann erlebte das Land kriegerische Zeiten, und die Waffen sprachen meist, um die Interessen der Nachbarvölker zu vertreten. Bei den meisten kriegerischen Auseinandersetzungen, die auf unserem Boden stattfanden, waren die machtpolitischen Absichten der anderen die Hintergründe des Geschehens, und fast immer waren Land und Leute in Schleswig der leidende Teil. Solche Zeiten liebt der Schleswiger nicht.

In normalen Zeiten spielt sich in der schleswigschen Brandungszone die Auseinandersetzung ab zwischen der deutschen und der dänischen Kultur. Jede dieser Kulturen ist bemüht, die Seele des Schleswigers für sich einzunehmen, um gestützt hierauf die Voraussetzungen zu gewinnen für eine etwaige nationalpolitische Entscheidung. Dieses Ringen der beiden Kulturen um die Seele des Schleswigers hat einen belebenden und weckenden Einfluß auf die Gesamthaltung des Grenzländers, sie hilft, seine passive Veranlagung aufzulockern. Da zwischen Deutschen und Dänen nicht, wie an manchen anderen Grenzen, ein Rassengegensatz besteht, kann sich die kulturelle Auseinandersetzung durchaus unter Wahrung einer übergeordneten Haltung zueinander im allgemein Menschlichen und unter Respektierung der politischen Gesinnung der anderen vollziehen. Wenn das so ist, dann weckt das Ringen der Kulturen die besten Kräfte auf beiden Seiten und gehört zu den erfreulichsten Zügen des Lebens „im Lichte der Grenze“.

Dieses Streben nach der besten Form des kulturellen Lebens ist aber nicht nur wertvoll für das allgemeine Volksleben an der Grenze, sondern reißt auch den einzelnen Menschen aus seiner Neigung zur Passivität, er wird gedrängt zu einer Entscheidung für die eine oder die andere Seite und muß diese Entscheidung vor dem eigenen Gewissen verantworten. Wie von beiden Seiten anerkannt ist, darf diese Entscheidung für das Deutsche oder für das Dänische von Amts wegen weder angezweifelt noch nachgeprüft werden, und sie darf dem, der sie getroffen hat, keinerlei Nachteile bringen. Die Mischung der Blutströme in der schleswigschen Brandungszone hat es mit sich gebracht, daß der Schleswiger ansprechbar ist sowohl für die dänische als auch für die deutsche Kultur, eine Eigenschaft, die als die „Zweistromigkeit“ des Schleswigers bezeichnet wird. In den meisten schleswigschen Familien findet man als Folge dieser Zweistromigkeit

Mitglieder, die sich zu verschiedenen Kulturen bekennen und aus diesem Bekenntnis auch die entsprechenden politischen Schlüsse ziehen. Diese Verschiedenheit bedingt aber durchaus nicht, daß die Liebe zur gleichen angestammten Heimat oder das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Familie dadurch eingeengt wird.

In diesen Spannungen des öffentlichen und des persönlichen Lebens in der Brandungszone lebt noch eine Menschengruppe, die anscheinend kaum berührt wird von dem Ringen zwischen Nord und Süd. Das sind die sogenannten „Blakkede“. Dieser Name ist schwer zu übersetzen, er kommt aus der plattdänischen Umgangssprache. Dem Sinne nach will das Wort einen Menschen kennzeichnen, der sich scheinbar vor einer Entscheidung zwischen Deutsch und Dänisch scheut, der zwischen den Reihen steht, schillernd, wankend, lauwarm ist. Wenn die Bezeichnung so gebraucht wird, hat sie einen etwas herabsetzenden Klang. Wer aber die „Blakkede“ kennt, kann dieser Deutung nicht ohne Vorbehalt zustimmen, denn auch der Blakkede hat eine Entscheidung getroffen, allerdings nicht auf Drängen der Machtgruppen vom Norden und vom Süden, also nicht für Deutsch oder Dänisch, sondern für das Land, das ihm am nächsten liegt und die tragende Grundlage seines Lebens ist, die schleswigsche Heimat. Diese Heimat stellt der „Blakkede“ dem Deutschen und dem Dänischen voran, ohne Kritik, er verändert nur die Rang- Ordnung. Der „Blakkede“ steht bei seiner Entscheidung ziemlich fest in der Brandungszone, er ist schwer zu gewinnen, er läßt die Brandungswogen über sich dahinfließen und bleibt, was er von jeher war, ein Schleswiger.

Der „schleswigsche Adam“

Wenn das Bild Schleswigs als Brücke oder Brandungszone im öffentlichen Leben gebraucht wird, spricht man nicht davon, was der Schleswiger, auf dessen Rücken die Auseinandersetzungen erfolgen, dazu sagt. Wenn schon einmal der schleswigsche Mensch erwähnt wird, dann im negativen Sinne, indem man erklärt, einen schleswigschen Menschen gäbe es als Typ überhaupt nicht. Man meint dann, die Bewohner des Landes zwischen Königsau und Eider seien entweder Deutsche oder Dänen. Als solche etikettiert man sie einfach, denn man hat vergessen, daß noch 1948 auf dem Knivsberg feierlich festgestellt wurde: „Wir wünschen als Schleswiger unser eigenes Gesicht zu behalten.“ Es ist besonders die politische Seite, die von einem Typ Schleswiger nichts wissen will. Das ist verständlich, denn das Schleswigertum hat als solches kein politisches Ziel. Einige Versuche, das schleswigsche und das schleswig-holsteinische Heimatgefühl zu politisieren, sind mehrfach unternommen worden, zuletzt nach 1918 und nach 1945. Diese Versuche scheiterten teilweise an der angeborenen Passivität der Menschen hierzulande und an den Zeitverhältnissen. Sie konnten sich keine

politische Bühne schaffen und verkümmerten daher schnell. Es wird dabei bleiben, daß die Politik des Landes vom Norden und vom Süden her gemacht werden wird. Diese politischen Einflüsse üben ihren Einfluß auf den Schleswiger aus, der Schleswiger nimmt, auch wenn er abwehrt, stets etwas von dem Wesen des Abzuwehrenden in sich auf, ohne doch seine eigene Grundanlage zu verändern. Wer nun die Art des Schleswigers nicht genau erfühlt hat, glaubt mitunter, daß durch die ständige Einwirkung des Dänischen oder des Deutschen aus ihm endlich ein hundertprozentiger Deutscher oder Däne geworden ist und ist dann recht enttäuscht, wenn bei gegebenen Anlässen die Grundanlage, nämlich das Schleswigsche, wieder durchbricht. Diese Erscheinung kennzeichnete die Abgeordnete Frau Refslund-Thomsen treffend, indem sie sagt, das sei der „schleswigsche Adam“, der immer wieder den Kopf hochsteckt.

Zu diesem Problem des schleswigschen Adams hat vor einigen Jahren auch der aus Apenrade gebürtige Historiker Professor Troels Fink aus Aarhus in einem damals viel beachteten Vortrag Stellung genommen. Nach einem Bericht in Flensborg Avis vom 16. September 1952 schloß Professor Fink seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß seine Ausführungen, die unter der Überschrift standen: „Das Dänische und das Schleswigsche“, Ausgangspunkt sein könnten für eine fruchtbare Diskussion über das angeschnittene Thema, sowohl von deutscher als auch von dänischer Seite. Wohl erschienen einige Stellungnahmen zu dieser Frage, aber die Diskussion verebte doch ziemlich schnell, vielleicht, weil den führenden Politikern beider Seiten nichts an der Konzeption Schleswiger gelegen ist, eine solche würde nur ihre Absichten stören. Aber aus der erwähnten Diskussion sollen doch ein paar Stellungnahmen wieder ins Gedächtnis gerufen werden, weil sie zu dem hier behandelten Thema gehören. So schreibt der „Nordschleswiger“ unter dem Zeichen -n-: „Wenn wir sagen, daß wir Schleswiger sind, so haben wir davon eine bestimmte Vorstellung, die wir aber kaum in Begriffe fassen können. Diese Vorstellung ist mit einem betonten Heimatgefühl verbunden. Sie ist aber zunächst völlig unpolitisch. Der Schleswiger empfindet, wenn er im Norden die alte Grenze und im Süden die Eider überschreitet, daß er in ein anderes Land kommt, das nicht mehr seine engere Heimat ist. Mit dem Gesamtgefühl des alten Herzogtums Schleswig verbindet er ein abgerundetes inneres Bild. Es setzt sich nicht nur aus seiner Kenntnis der dreigeteilten Landschaft, der Städte und Dörfer, der Sitten und des Brauchtums zusammen, sondern es enthält starke Stimmungswerte, es ist für ihn eine eigene schleswigsche Atmosphäre, in der er anders atmet als jeder andere. Den Empfänger für diese Erscheinung haben wohl alle Menschen aus alteingessenen Familien; aber auch Leute, die vor Jahren in unsere Heimat gekommen sind, spüren es. Auf dänischer Seite hat man dafür das Wort geprägt: „Grænsens Sang“ (Lied der Grenze). Man kann diese Erscheinung als eine Bereicherung empfinden,

und man kann sie als eine drückende Last bezeichnen, aber vorhanden ist sie.“ Zu demselben Thema schrieb Pastor Braren im „Nordschleswiger“ vom 18. September 1952 u. a.: „Das Schleswigsche ist etwas Urtümliches und darum fast unverwüsthch. Dieses Urelement kann übertüncht werden durch allerlei historische und kulturelle Einflüsse, es können sich sogar verschiedene Lagen um den Urkern bilden und ihn dem oberflächlichen Auge des Beobachters verhüllen, ja es kann sich der Schleswiger in dieser Hinsicht selber verkehrt einschätzen. Man kennt sich häufig in gewissen Beziehungen selbst am schlechtesten. Aber an meinen Brüdern erkenne ich bald, was echt und was gemalt ist. Wenn ich nur den Mut hätte, mir selbst treu zu sein und der Propaganda Widerstand zu leisten, die alles Echte und Gewachsene niederwalzen und an dessen Stelle ein Kunstprodukt setzen möchte, wenn ich nur wagte, mit eigenen Augen zu sehen und nach eigener Erfahrung zu urteilen.“

Der passiven Veranlagung des Schleswigers ist es zuzurechnen, daß er sich nicht laut gegen die oben erwähnte Übertünchung wehrt. Wohl macht er seine Vorbehalte, aber nie laut. Er erkennt aber sehr klar, was echt und was unecht ist in der an ihn herangetragenen Propaganda, und in vertrauten Kreisen kann man oft genug treffende und humorvolle Bemerkungen von ihm hören, wenn er über die auf dieser Linie liegenden Erscheinungen des öffentlichen Lebens spricht. Er singt eben „Grænsens Sang“ nicht als Marschmusik, sondern er summt (nyner) ihn nur leise, aber er ist mit im Chor. Und aus jeder Brandungswelle, die über ihn dahinrauscht, taucht er als „schleswigscher Adam“ wieder auf.

Für diejenigen Politiker beider Seiten, die dieses Wesen des schleswigschen Menschen nicht nachfühlen können, ist das Vorhandensein eines Typs Schleswiger störend und unbequem. Man weiß nicht recht, wo man den Bruder hat, er erscheint infolge seines dänischen Bluteinschlages als „lun“. Der Däne bezeichnet mit diesem Wort eine typisch dänische Haltung, das Wort ist eben daher unübersetzbar. Dem Sinne am nächsten kommt wohl die deutsche Bezeichnung „er hat es faustdick hinter den Ohren“, wobei aber der im Dänischen mitklingende Humor nicht genügend deutlich wird. Infolge dieser Lage spürt man mitunter bei Politikern beider Seiten, die einigermaßen landfremd zu uns gekommen sind, eine gewisse Unsicherheit in ihrem Verhalten zur Bevölkerung, trotz der äußeren Erfolge, deren sie sich rühmen. Ein gutes Beispiel hierfür bot u. a. die Zeit der Köllerpolitik, als man sich auf deutscher Seite trotz laut betonter äußerer Erfolge innerlich höchst unsicher fühlte und nichts anderes wußte, als zu immer schärferen Machtmitteln zu greifen, um gerade dadurch jede Fühlung mit dem schleswigschen Menschen zu verlieren. Wer genau hinhört, kann auch heute bei manchen der führenden dänischen Politiker, die sich bemühen, aus jeder Zeitentwicklung und aus jeder Erscheinung für ihre Sache einen Erfolg herauszukristallisieren, ähnliche Untertöne feststellen.

Von „Zweiströmigen“

In dem erwähnten Vortrag, den Professor Fink 1952 vor Mitgliedern des Südschleswigschen Schulvereins hielt, führte er eine Reihe von Schleswigern an, die als Beispiele für die hier angezogene schleswigsche Zweiströmigkeit gelten können. Professor Fink wies in demselben Zusammenhang darauf hin, daß die Dänen es waren, die um 1850 Kerum in Flensburg ein Gymnasium einrichteten, das man auch als zweiströmig bezeichnen kann, denn es hatte Dänisch und Deutsch als Unterrichtssprache. Aus diesem Gymnasium ging u. a. der dänische Historiker A. D. Jörgensen hervor. Jörgensen, dessen „Fyrretyve Fortællinger af Fædrelandets Historie“ sehr weite Verbreitung fanden, war dänischer Gesinnung, also dänischer Schleswiger, aber er hatte eine gründliche und tiefe Kenntnis der deutschen Kultur. Von diesem „zweiströmigen“ Verstehen der beiden Kulturen erhielt er sein Gepräge. Weiter sei hingewiesen auf den bekannten und bedeutenden Generalsuperintendenten Kaftan, der als Gegenbeispiel zu Jörgensen gelten kann. Kaftan war deutscher Schleswiger. Bei ihm war das Dänische ein wesentlicher Teil seines Seelenlebens, während er in seiner Gesinnung unzweifelhaft deutsch war. Kaftan wurde besonders bekannt, als er gegen die von dem preußischen Ministerium ohne Rücksprache mit den örtlichen Stellen 1888 erlassene unheilvolle Sprachenverfügung scharfen Einspruch erhob. Seine Gesamthaltung kennzeichnet deutlich eine Äußerung aus seinen „Lebenserinnerungen“. Er sagt: „Ich, der ich zur Dänenzeit mein Deutschtum festgehalten hatte, wie sollte ich nicht Verständnis haben für die Landsleute, die jetzt in deutscher Zeit ihr Dänentum hochhalten. Mir ist öfter die Auffassung begegnet, als wäre es eine Art Unrecht, einer anderen Nationalität anzugehören als der herrschenden des Staates — das ist in meinen Augen eine moralisch wie intellektuell gleich minderwertige Auffassung.“

Als Schleswiger desselben Typs gilt auch der Sommerstedter Pastor N. C. Nielsen, der sich selber bezeichnete als den „letzten Schleswiger“. Nielsen, ein in der breiten Schicht einflußreicher Geistlicher, war in seinem Herzen dänisch, lehnte aber alle vom Norden kommenden Bestrebungen, die auf Danisierung des Landes zielten, scharf ab. Er wollte weder das Deutsche noch das Dänische betont wissen, weil er Schleswiger war.

Diese drei Beispiele finden sich, neben anderen, in Professor Finks Vortrag, allerdings in anderen Zusammenhängen und mit anderen Folgerungen in bezug auf den Schleswiger als Typ. Darüber hinaus kann auf eine Reihe von Persönlichkeiten hingewiesen werden, die dem Typ Schleswiger zuzurechnen sind. Dazu gehören z. B. Johannes Tiedje, dessen Name mit der „Tiedje-Linie“ verbunden ist; Bürgermeister Timm, Rendsburg; Ernst Schröder, der verdienstvolle Leiter der Grenzmittelstelle; Professor Otto Scheel; Christian

Tränckner, der Gründer des Heimatbundes; Detlef Hansen, Husum, u. a. Auch Tage Jessen, der Schriftleiter der deutschgeschriebenen dänischen Südschleswigschen Heimatzeitung, und der frühere dänische Abgeordnete im Bundestag, Hermann Clausen, haben sich als Schleswiger bezeichnet. Ferner gehören dazu die Führer der früheren sogenannten „Selvstyre“- Bewegung, wie etwa Cornelius Petersen, Wall-Obdrup, Hans Hansen, Ley u. a. Dazu gerechnet werden müssen auch die meisten der erwähnten „Blakkede“, die weder deutsch noch dänisch sein wollen, sondern bei dem bleiben wollen, womit sie aufgewachsen sind. (Lad os blyv ve de vi ha lært.) Überhaupt sind in den breiten Bevölkerungsschichten eine erhebliche Zahl von Menschen im schleswigschen Land, die, wenn sie sich auch oftmals aus Opportunitätsgründen nicht als solche kennzeichnen, ja es ihnen auch nicht bewußt ist, doch echte Schleswiger sind. Die dänische politische Propaganda weiß von diesen Menschen, sie liebt es, diese „Stillen im Lande“ als das verborgene, noch schlafende Dänentum im Lande Schleswig zu bezeichnen und ist eifrig bemüht, sie zum Dänentum zu „erwecken“. Dem Schleswiger, wie er hier aufgefaßt wird, ist es unsympathisch, einfach als Deutscher oder als Däne vereinnahmt zu werden. Er ist, wie der Bayer, der Sachse und andere, zuerst Schleswiger. Mit dieser Haltung lehnt er durchaus nicht das Deutsche oder das Dänische ab, sondern bekennt sich dazu, aber als *deutscher* Schleswiger oder als *dänischer* Schleswiger, je nach Entscheidung.

Bei Berücksichtigung dieser eigenen schleswigschen Haltung mögen beide Bilder, von denen diese Betrachtungen ausgingen, ihre Berechtigung haben. Schleswig kann dann die Brücke sein, welche die Verbindung vom Süden nach dem Norden vermittelt. Das Brückengeld ist dann das Kulturgut, das seinem Wesen gemäß aufgenommen wird, von der einen wie von der anderen Seite, und Schleswig kann die Brandungszone sein, in der die Wellen von Nord und Süd sich vermischen und ausgleichen.

Ferien, Fanø, Fans und alte Tänze

Eigentlich war es die Absicht des Verfassers, Kunde davon zu geben, daß er ein Gegner der Ferienreisen ist. Er sieht es nämlich nicht ein, daß es reizvoll ist, teures Geld für einen schlechten Stuhl in einem wenig komfortablen Haus auszugeben, da er doch daheim einen reizvollen Sessel hat, dessen Benutzung nichts kostet. Da es außerdem in unseren Breitengraden dann in Strömen gießt, wenn man Ferien hat — außer dem Morgengang zum Bäcker und zur Meierei findet man kaum Bewegung —, glaubte er, besser nicht fahren zu sollen. Er hätte natürlich in ein südliches Land fahren können, aber er konnte nicht farbfotografieren. Daß er sich dann doch entschloß, nach Fanø zu fahren, muß auf dem Hintergründe nicht zu überhörender Wünsche anderer Familienmitglieder gesehen werden. Übrigens wohnte er dort in einem Haus mit fließendem Wasser, Fernsehapparat und guten Sesseln.

Auch auf Fanø gibt es Automobile. In den Sommermonaten stammen sie meistens aus Berlin oder Hamburg, womit wiederum bewiesen ist, daß die Wunder der Wirtschaft das Wunder des Reisens ermöglichen. Wieweit freilich die Wunder des Reisens den Reisenden offenbar werden, hängt damit zusammen, ob diese Reisenden reisen, um anzukommen, oder nach Goethes schöner Feststellung handeln, daß man als gescheiter Mensch die beste Bildung auf Reisen findet.

Für uns Knaben war Fanø vor fünfunddreißig Jahren schon ein Begriff. Das war damals, als man dort auf dem zehn Kilometer langen, breiten und sehr festen Strand Automobilrennen abhielt. Die Höchstgeschwindigkeit dürfte sechzig bis achtzig Kilometer betragen haben. Und dieses gemütliche Tempo ist glücklicherweise der Insel und ihren Bewohnern geblieben. Strebt man dem Eilande von Flensburg aus zu, dann spürt man, daß es in dieser Landschaft das Meer gibt, auch wenn man es nicht sieht. So ähnlich würde sich Friedrich Ernst Peters ausgedrückt haben, wenn er den Wongshoi bei Lügumkloster bestiegen hätte, bevor er den „Heilsamen Umweg“ schrieb. Ein großartiges Plateau breitet sich vor dem Beschauer aus und läßt „die Unendlichkeit des Meeres ahnen“. In dieser Unendlichkeit liegen die Städte Ribe und Esbjerg. Sie verkörpern die große Geschichte und die Betriebsamkeit der Gegenwart in diesem Lande. In den winkeligen Gassen Ribes erwartet man eigentlich Hellebarden, Mönchskutten, Handwerker in den niedrigen Haustüren und Scholaren. Man hofft, dem Bischof Brorson zu begegnen, der so schöne dänische Kirchenlieder dichtete, und man ist ganz verwundert, wenn die Idylle an der Au, in die sich duftende Zweige neigen,

durch Geräusche der technischen Gegenwart gestört werden. Man denkt an Könige und Ritter und an den Vertrag von 1460.

Man fährt weiter und überquert die Königsau bei Gredstedbro. Man fragt sich, bei wie vielen der über diese Brücke fahrenden Touristen sich Ideenassoziationen einstellen, wenn sie den Namen dieser Au hören. Drei vorangegangenen Generationen war es ein inhaltsreiches und großes, bewegendes Wort. Man wird das heute nur in wenigen Fällen erwarten dürfen. Daß man darüber nicht trauern soll, kann man dann sagen, wenn man dessen sicher ist, daß andere und neue Begriffe des politischen und nationalen Lebens sich organisch mit den alten Werten verbunden haben.

Aber vorerst fahren wir nach Esbjerg. Die Stadt war vor neunzig Jahren ein Dorf mit fünfzig Einwohnern, heute zählt sie deren fünfzigtausend. Esbjerg und die jütische Heide sind ein glänzender Beweis dafür, daß ein Volk aus einer Niederlage etwas machen kann, wenn es Energie und Tatkraft besitzt. Aus der Heide wurde Land, aus dem Dorf ein Handelszentrum. In diesem Zentrum schlägt das Herz des modernen Dänemark. Die gemütliche dänische Provinzstadt erhielt hier die Note des 20. Jahrhunderts. Hier vereinen sich Tempo, klarer Blick mit Weitsicht — gleich den rechteckigen Straßen, die zum Hafen führen, zum England- oder Frankreich-Kai. Hier fährt man in die Welt — aber auch nach Fanø. Man besteigt die kleine Fähre und betritt nach dreißig Minuten die Insel. Man landet an der Nordspitze und findet hier, was man zwischen dem Nordkap und der Südspitze von Afrika allerorten findet: Souvenirs. Dazu Campingplätze und andere Segnungen der Zeit. Im Süden aber liegt Sønderho. Eine Szenerie wie die dieses Dorfes der Seeleute findet man außer hier wohl nur noch auf dem Königlichen Theater in Kopenhagen. Hier aber ist sie Wirklichkeit. Rot, weiß, grün, gelb — in allen Farben leuchten die blitzsauber gestrichenen Strohdachhäuser. Von Wall und Busch umhegt, bieten ihre kleinen Gärten Schutz in der gesunden, aber immer brisenreichen Luft des Meeres. Innen lebt ein Stil, den man eigentlich nur noch in Museen findet. Die Leute sind hier so betriebsam wie anderswo, aber sie bewegen sich in einem ruhigen Gleichmaß. Geprägt von der Weite des Meeres und der Traulichkeit des Heims, vereinen sie ein Gefühl für das echte Alte und das notwendige Neue. Die Fernsehantenne ist kein Widerspruch — eigentlich mehr ein Symbol. Denn keine irgendwie geartete einschlägige Rundfunksendung wird die Leute in Sønderho, die auch moderne Tänze tanzen, auf den wöchentlichen Tanzabenden des Badehotels davon abhalten, die alten Rundtänze der Insel zu tanzen. Ja, sie übertragen ihren Stil auch auf die Fremden, so daß die Dorfjugend, die außen an den Saalfenstern ihre Nasen plattdrückte, feststellen konnte, daß der junge Student sowohl des Rock'n'Roll als auch der alten Fanøtänze mächtig war. Ihm und seinem blonden Mädchen gefiel beides.

Apropos — man spricht von Jazz-Fans. Neben anderen Merkmalen dürfte dies

den Fans eigen sein: sie geben sich kritik- und hemmungslos einer Sache hin. Sie verlieren das Maß. Es gibt diese Menschen aber auch auf anderen Gebieten des zivilisatorischen Lebens. Wir neigen zum Nachplappern. Auf Fanø liegt ein Dorfkrug, der über dreihundert Jahre alt ist. Verläßt man ihn durch die prachtvolle Haustür, dann steht man bald auf der Uferböschung der Südspitze der Insel. Über dem Meer schwimmen die Inseln — Mandø und in der Ferne Röm. Am Rande des sich in einem Bogen nach Süden hinziehenden Festlandes steht der Dom zu Ribe. Bald erscheint er im Sonnenlicht gebadet, bald ragt er als dunkle Zeile am Horizont. Man kann es nicht unterlassen, angesichts des Doms dieser Stadt in Nachdenken zu verfallen. Es ist so, als ob dieses Bauwerk uns in seinen Bann zwänge, als ob es uns sagt, wie sehr wir Veranlassung haben, über unsere Position im Leben der Gegenwart nachzudenken. Neue Fundamente müssen gelegt werden. Bedeutungsvoll für uns ist jene Kraft des religiösen Lebens, die einst dieses Bauwerk erstehen ließ. Bedeutungsvoll für uns ist der Name dieser Stadt. Neue Fundamente auch im gesellschaftlichen und politischen Leben sind zu legen. Klug wird man tun, die bleibenden Ergebnisse früheren Bauens in der Gesellschaft zu übernehmen, stützendes Mauerwerk zu erhalten, überflüssige Konstruktionen und vor allem unnötigen Putz zu entfernen. Angewandt bedeutet dies, daß Deutsche und Dänen sowohl mit Respekt, aber ohne Bitterkeit auf manche Ereignisse der gemeinsamen Geschichte sehen müßten, bereit, wirklich neue Wege zu gehen, wenn die Situation es erfordert. Sie scheint es zu tun.

*Osthinaus die offene Bucht
und westwärts liegt das Meer.
Mitten inne Heideland
mit Glockenkraut und Flechte.*

*Meeressand und Heidesand
bringt ein jedes Bürde.
Der sie aufnahm, ward ein Mann:
Fischer oder Hirte.*

ALEX GARFF

Eine Forderung des Grenzfriedensbundes

Einrichtung einer Volkshochschule für die werktätige Jugend in der Art der Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld

Die kurze Geschichte der Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld

Die Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld begann am 1. Juli 1927 ihre Tätigkeit. Harrisleefeld ist ein größerer Ort so nahe bei Flensburg, daß es fast ein Flensburger Vorort ist und daher keinen ländlichen Eindruck macht. Der damaligen Landtagsabgeordneten Frau Toni Jensen gelang es durch persönliche Bemühungen, bei dem Reichsminister v. Keudell eine größere Summe aus Haushaltsmitteln zu bekommen, um damit den Bau dieser Volkshochschule zu finanzieren. Weitere Hilfe gab der Wohlfahrts- und Schulverein, der außerdem einen erheblichen Teil der laufenden Betriebskosten übernahm und zunächst als Träger der Schule galt.

Der erste Leiter, Dr. Marquardt, sagt über das Ziel der Schule:

„Sie steht besonders für die Zwecke der staatsbürgerlichen Bildung der Arbeiter und Angestellten zur Verfügung und sucht diese Aufgabe zu lösen durch eine streng sachliche und methodische Einführung in die Gebiete von Staat, Wirtschaft und Recht. Im Unterschied von anderen Volkshochschulen, die der Pflege der Weltanschauung und der Pflege des Gemeinschaftslebens dienen, verzichtet sie auf jede ideologische Beeinflussung und kann sich auch wenig mit Gemütskultur befassen. Vielmehr gilt es, dem nach ‚draußen‘ stehenden jungen Arbeiter das geistige Rüstzeug zu vermitteln, das er zur Bewältigung der ihm nach 1918 so plötzlich zugefallenen Aufgabe im Staate dringend nötig hat.“

In Ausführung dieses Programms, das unter Abkehr von der Pflege der „Intimsphäre“ sich den Gebieten der „Sozialsphäre“ zuwandte, waren als Lehrgebiete vorgesehen: Staatslehre, Politik, Wirtschaftspolitik und Arbeitsrecht. Die Lehrtätigkeit stellte sich völlig auf die damals aufgekommenen pädagogischen Reformströmungen ein. Die Schüler arbeiteten selbständig und hatten maßgeblichen Einfluß auf Auswahl und Behandlung der Lehrgegenstände. Die Schüler mußten ihre Vorbereitung auf den Unterricht selbständig vornehmen und auch eigene Ausspracheabende über selbstgewählte Themen abhalten. Auf Reisen nach Kopenhagen wurde in Verbindung mit der dänischen Arbeiterbildungsbewegung versucht, ein eigenes Urteil über das Grenzlandproblem und die Minderheitenfrage zu gewinnen.

Die Schüler der ersten Lehrgänge kamen aus den verschiedensten Gewerben. Es waren jüngere Arbeiter und einzelne Angestellte. Das zweckmäßige und stattliche Haus hatte Raum für rund dreißig Teilnehmer. 1929 wurde das Gebäude durch einen Anbau erweitert, der der Aufnahme von jungen Landarbeitern diene. Durch diese Erweiterung wurde Raum geschaffen für rund sechzig Schüler.

Die Arbeit der Schule fand viel Interesse in der Arbeiterschaft. Bei einer nachträglichen feierlichen Einweihung der Schule am 29. September 1927 war Reichspräsident Ebert zugegen, später besuchte der Reichsminister Severing den Unterricht. Es gelang auch, die großen Gewerkschaftsverbände, dazu manche Kreise und Städte, zu bewegen, Freiplätze für die Schüler zu stiften, und zwar in einem solchen Ausmaß, daß dadurch den Schülern ein fast völlig kostenloser Besuch gewährt werden konnte. Großes Interesse fand die Arbeitervolkshochschule auch an der Kieler Universität, besonders weil Geheimrat Harms, der berühmte Leiter des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, dem Kuratorium der Schule angehörte. Träger der Schule war die „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld e. V.“.

1929 schied Dr. Marquardt aus, ihm folgte Dr. Kähler, dem Prof. Dr. Hoffmann zur Seite stand. Ein Bericht aus dem Jahre 1931 spricht von der wachsenden „dynamischen“ Kraft, mit der die früheren Schüler sich in der Arbeiterbewegung bemerkbar machten, und sagt weiter: „Die jungen Arbeiter verfolgen das Schicksal des deutschen Staates mit großer Sorge und tätiger Anteilnahme.“ Die Lehrgegenstände des Jahres 1932 waren die Außenpolitik, die Reparations- und Schuldenverhandlungen, die Wandlungen in der Staatsgewalt, Rechtssystematik und Agrarpolitik.

Dann kam der Nationalsozialismus; sowie er die Macht dazu hatte, streckte er die Hand nach der Arbeitervolkshochschule aus. Auf dem Wege der Gleichschaltung wurden alle mißliebigen Mitglieder des Kuratoriums entfernt, und durch formalen Mehrheitsbeschluß wurde die Schule geschlossen. Die Schüler zerstreuten sich; Dr. Kähler folgte einem Ruf nach Amerika; das Gebäude wurde mit der gesamten Einrichtung an den Schleswig-Holsteinischen Feuerwehrverband verkauft. Dieser richtete hier eine Provinzial-Feuerweherschule ein, die heute noch besteht.

*

Die Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld aber wartet bis heute auf ihre Wiedererrichtung.

Der Grenzfriedensbund hat sich jetzt erneut zum Sprecher aller derjenigen gemacht, die wünschen, daß hier geschehenes Unrecht wiedergutmacht, vor allem aber der arbeitenden Jugend ein Volkshochschulheim wiedergegeben wird, in dem sie lernen kann, was sie für das Hineinwachsen und Tätigsein in Staat und Gesellschaft so nötig braucht.

*

Aus der Eingabe an das Kultusministerium

Bis 1933 waren in Schleswig-Holstein fünf Heimvolkshochschulen tätig, nämlich in Mohrkirch-Osterholz, Rendsburg, Leck, Lunden und Harrisleefeld. Dazu kam noch die Heimvolkshochschule in Tingleff, die, allerdings in Dänemark belegen, doch in deutschem Sinne arbeitet. Mit Ausnahme von Tingleff mußten diese Volkshochschulen während der nationalsozialistischen Zeit ihre Tätigkeit einstellen. Erst nach 1945 konnten die Heime in Rendsburg, Leck und Lunden ihre Arbeit wiederaufnehmen. Wo bei dieser Wiederaufnahme der Tätigkeit Neu- oder Erweiterungsbauten erforderlich wurden, sind diese in wohlwollender Weise ausgeführt worden, auch Beihilfen für die Inangsetzung des Betriebes blieben nicht aus.

Darüber hinaus sind in der Zeit nach 1945 zwei weitere Heimvolkshochschulen neu entstanden, und zwar in Ratzeburg und auf dem Koppelsberg bei Plön. Diese beiden Heime bezeichnen sich als evangelische Heimvolkshochschulen. Die Schule Domhof Ratzeburg hat ein besonders schönes Heim bekommen, die evangelische Landvolkshochschule Koppelsberg hat einen Neubau angefangen. Es darf gesagt werden, daß die schleswig-holsteinischen Heime sowohl im Hinblick auf den äußeren Rahmen als auch in ihrer Schularbeit vorbildlich geworden sind für die fünfzig weiteren Heimvolkshochschulen im Bundesgebiet. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Leitung für den Bund der Heimvolkshochschulen des Bundesgebietes in Schleswig-Holstein liegt.

Für die oben erwähnten Neu- und Erweiterungsarbeiten haben die Heime erhebliche Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten. Darüber hinaus erhalten die Heime jährliche Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln zur Betriebsführung.

Es ist aber sehr unbefriedigend, feststellen zu müssen, daß bisher nicht ernsthaft versucht worden ist, die frühere Arbeitervolkshochschule in Harrisleefeld, die in den zwanziger Jahren einen bedeutungsvollen Platz einnahm, wieder in das Bild der schleswig-holsteinischen Heimvolkshochschulen einzubauen. Da wegen ihrer der Form nach einwandfreien Schließung 1933 leider juristisch vertretbare Ansprüche auf Wiedereinrichtung dieser Schule nicht bestehen, kann mit um so größerer Berechtigung auf den moralischen Anspruch hingewiesen werden, den die werktätige Jugend auf Wiedereinrichtung dieser für sie so wertvollen Bildungseinrichtung hat.

Der Grenzfriedensbund macht sich hiermit zum Träger dieses Anspruches und hat beschlossen, sich für die Wiedereinrichtung einer Heimvolkshochschule für die werktätige Jugend einzusetzen. Nach Ausweis der Schülerzahlen kommen die Besucher der bestehenden Heime zu mehr als achtzig Prozent aus der ländlichen Bevölkerung und dem „Milieu“ nach aus „bürgerlicher“ Umgebung. Da die Jugend nur in ein Heim geht, wenn sie sich von seiner Atmosphäre angezogen fühlt, kann

aus dem Ausbleiben der Schüler aus Arbeiterkreisen geschlossen werden, daß ein Heim, das die von dieser Jugend gewünschte Atmosphäre bietet, in Schleswig-Holstein nicht vorhanden ist. Ein solches Heim war Harrisleefeld, ein solches Heim muß wiedergeschaffen werden, erst dann ist das Bild der schleswig-holsteinischen Heimvolkshochschulen abgerundet.

*

Eine erste Fühlungnahme zwischen der Landesregierung und dem Grenzfriedensbund hat inzwischen stattgefunden, die hoffen läßt, daß es nicht nur beim Planen bleibt.

Gottorf – ein Denkmal der Landesgeschichte

Die Ansprache von Kultusminister Edo Osterloh anlässlich der Eröffnungsfeier der neuen Räume des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit besonderer Freude und Dankbarkeit begrüße ich Sie, die Sie meiner Einladung zur Eröffnung der neuen Räume im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum und zum Rundgang durch das Museum so zahlreich gefolgt sind. Ich darf dies als Zeichen für das Interesse ansehen, das die Arbeit dieses Landesmuseums im In- und Ausland findet.

Als die schleswig-holsteinische Landesregierung im Jahre 1947 den Beschluß faßte, die beiden großen, historischen Sammlungen des Landes, das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum, ursprünglich Thaulow-Museum genannt, und das damalige Museum vor- und frühgeschichtlicher Altertümer, ferner das Landesamt für Vor- und Frühgeschichte und das Landesarchiv von Kiel in das Schloß Gottorf zu verlegen, begann eine Entwicklung, die für das ganze Land und weite Kreise auch außerhalb seiner Grenzen bedeutsam werden sollte. Dieser Beschluß löste nicht nur die brennende Frage nach dem Fortbestehen der vom Verfall bedrohten Sammlungen, sondern er ermöglichte den Aufbau eines vielseitigen Werkes, dessen Ziel man ohne Unbescheidenheit als „Denkmal der Landesgeschichte“ im umfassenden und anspruchsvollen Sinn des Wortes bezeichnen kann. Die Verlagerung hatte zunächst den Charakter eines Experiments. Es war zwar nichts Ungewöhnliches, daß große Museen in den Nöten des Krieges und seiner Folgen ihre angestammten Standorte in den großen Städten verließen. Fast ausnahmslos aber sind sie inzwischen wieder dorthin zurückgekehrt. Im Falle Gottorf hat sich die Verlagerung jedoch als eine echte und endgültige Lösung erwiesen, und man darf sich auf Gottorf berufen, wenn man die These vertritt, daß historische Sammlungen heute keineswegs mehr unbedingt im Kern der Großstädte ihren glücklichsten Standort finden.

Unser Land ist nicht überreich an historisch und künstlerisch bedeutenden Bauwerken, in denen sich seine profane, politische und volkliche Geschichte eindrucksvoll verkörpert. Die Dynastenschlösser sind zum großen Teil zerstört oder ihres einstigen Gesichts beraubt. Auf die politische wie auf die Kulturgeschichte gesehen, kann Gottorf am ehesten den Anspruch auf repräsentative Geltung erheben. Seine Mauern sind bis in die kriegerischen Auseinandersetzungen des vorigen Jahrhunderts hinein Zeugen bedeutender Ereignisse und Entscheidungen gewesen. In seiner großen Zeit, im 16. und namentlich im 17. Jahrhundert, wurde Gottorf zu einem gewichtigen Faktor sowohl im politischen wie im wissenschaftlichen und künstlerischen Leben Nordeuropas und knüpfte seine Verbindungen ein in das weite Netz der damaligen Weltpolitik, obwohl das Staatswesen, dessen Hauptresidenz es war, nur zu den Zwergstaaten zählen konnte. Die genau hundert Jahre Kasernenleben, von 1848 bis 1948, haben den Denkmalswert des Bauwerks zwar nicht gerade gehoben, haben die Gesamtgestalt und auch die alte Substanz im einzelnen jedoch nicht entscheidend beeinträchtigt, so daß es möglich war, mit viel Behutsamkeit und Geduld alte Raumformen zurückzugewinnen und damit zugleich auch die Atmosphäre einzufangen, ohne die ein historisches Gebäude kein wirkliches Denkmal sein kann.

Mehr noch als die übrigen in das Schloß verlegten Institute hatte das einstige Kieler Thaulow-Museum die Aufgabe und die Möglichkeit, das alte Gemäuer zusammen mit seinen Sammlungen als eine Einheit wirken zu lassen. Wieweit das gelungen ist, wird ein Rundgang durch die vier Schloßflügel erweisen. Die Aufgabe ist sehr umfassend und wird auch in Zukunft immer neue Bemühungen erfordern. Denn ein Museum ist nur dann lebendig, wenn es wandlungsfähig bleibt.

Aber der Charakter des „Denkmals der Landesgeschichte“ — wie ich es nannte — bleibt ja nicht auf das Innere beschränkt. Auch das Bauwerk als Baukörper in der Landschaft schließt eine wichtige Aufgabe für eine lebendige Denkmalspflege in sich. Wir werden sie

in Angriff nehmen müssen, wenn die dringenden Erfordernisse für die Einrichtung der Institute im Innern befriedigt sind. Nicht zuletzt deshalb ist Gottorfs Denkmalswert so hoch zu veranschlagen, weil seine Situation in der weiteren Umgebung im großen und ganzen noch die ursprünglichen Züge trägt: es war von je eine Wasserfestung, und diesen Charakter sollte es behalten. Es liegt trotz der Nähe der Stadt und wichtiger Verkehrsstraßen noch immer eingebettet in eine natürliche Landschaft; und auch diese wichtige Voraussetzung für seine Wirkung als Denkmal sollte unbedingt bewahrt werden. Es bedarf ständiger Wachsamkeit und eines verständnisvollen Zusammenwirkens unter allen Verantwortlichen, damit die Bemühungen um den unschätzbaren Wert dieses Bauwerks nicht auf sein Inwendiges beschränkt bleiben, sondern eben jene Gesamtsituation

einbeziehen, der Gottorf einen großen Teil seiner gegenwärtigen Bedeutung verdankt.

Mit dieser Gesamtsituation meine ich auch das Verhältnis der Herzogsresidenz zur Stadt Schleswig und zum Dom, zur strategischen Bedeutung der inneren Schlei und damit zum geschichtlichen Schicksal dieses Landstriches überhaupt. Gerade dieser große Zusammenhang rechtfertigt den Gedanken, das Schloß zum Sammelpunkt der geschichtlichen Besinnung zu machen. Wird die in diesem Hause in vielen Richtungen vorgetriebene historische Forschung zunächst immer auf einen begrenzten Gegenstand gerichtet sein, lebendig wird sie doch erst vor dem Hintergrund der großen Synthese geschichtlicher Mächte.

Und hier, an der inneren Schlei, wird wie sonst kaum irgendwo in unserem Land, eine solche Synthese anschaulich erlebbar. Darin liegt zugleich der hohe Bildungswert, den dieser Ort für die Allgemeinheit unseres Landes besitzt.

Es scheint mir ein kulturpolitisch richtiger Gedanke zu sein, einen solchen Sammelpunkt geschichtlicher Besinnung in der Landschaft selbst zu pflegen, und zwar auch um einer ganz nüchternen Überlegung willen. Das Interesse von immer weiteren Kreisen ist auf das Reisen gerichtet. Es scheint mir eine sehr ernste Aufgabe zu sein, dem Herumfahren wirklich lohnende Ziele zu geben, solche, die zur Besinnung führen, die den sonntäglich aufgeschlossenen Menschen mit Eindrücken und Bildern erfüllen und mit wirklicher Nahrung für Geist und Seele. Aufgaben dieser Art gewinnen an Bedeutung, je mehr die Verkürzung der Arbeitszeit Allgemeingut wird und je dringlicher sich damit die Frage stellt: Wie kann die hinzugewonnene Freizeit einen wirklichen Wert gewinnen? Wie ich erfahre, ist Gottorf auf dem besten Wege, sich zu einem volkstümlichen Ausflugsziel zu entwickeln, und die hohen und bemerkenswert konstanten Besucherzahlen bestätigen es nachdrücklich. Für die Auswirkung einer Stätte, wie sie Gottorf darstellt, ist es bedeutsam, daß Menschen, die als Ausflügler kommen, eine besonders glückliche psychische Verfassung mitbringen; sie haben den Alltag und das Gewohnte hinter sich gelassen und sind aufgeschlossen für Eindrücke von besonderer Art.

Das alles sind Betrachtungen, die den Entschluß der Landesregierung von 1947 rechtfertigen. Inzwischen ist in diesem Hause schon mehr als zehn Jahre lang angestrengte Arbeit geleistet worden, eine Arbeit, deren Ertrag nur zum Teil der breiten Öffentlichkeit erkennbar werden kann. So wie sie hier betrieben worden ist, hat sie wesentlich dazu beigetragen, auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Gesamtkonzeption zu überzeugen. Dieses hat sich der Bitte der Landesregierung um finanzielle Mithilfe nicht verschlossen und seit 1949 regelmäßig einen ansehnlichen Betrag zu den Kosten der baulichen Herrichtung des Gebäudes und der Beschaffung von Inventarstücken beigesteuert. Das Land Schleswig-Holstein

fühlt sich für diese Hilfe zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Ich darf die Hoffnung äußern, daß der heute mit der Eröffnung des Landesmuseums in seiner Gesamtheit erreichte Abschnitt nicht darüber hinwegtäuscht, daß dies Haus und seine Umgebung auch in Zukunft noch den Aufwand von erheblichen Mitteln erfordern, bevor das vorhin angedeutete Gesamtziel erreicht sein wird. Die Hilfe des Bundes wird wiederum das Land verpflichten, für das Ziel aufzubieten, was es leisten kann.

Mein besonderer Dank gilt ferner dem Leiter des Landesbauamtes Schleswig, Herrn Oberregierungsbaurat Dr. Hinrichsen, und seinen Mitarbeitern, haben sie doch mit feinstem Verständnis für die Erfordernisse der Institute wie für die Rücksichten der Denkmalspflege das schwierige Werk der baulichen Sicherung des Schlosses und seiner Herrichtung für seine neue Verwendung bis zu einem weit fortgeschrittenen Stadium geführt.

Was uns heute hier vereint, ist die Vollendung eines wichtigen Abschnittes im Gesamtablauf des hier im Schloß zu leistenden Wiederaufbaus. Wenn das frühere Kieler Thaulow-Museum mit dem heutigen Tage wieder als ein Ganzes, als das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum vor die Öffentlichkeit tritt, nachdem bisher dem Besucher nur Teile seiner Sammlungen zugänglich gemacht waren, so wird man dennoch nicht sagen dürfen, daß es „fertig“ sei. Der Begriff des Fertigen steht im tiefsten Widerspruch zu dem Geist, der in diesem Hause besonders gepflegt wird, zum Geist einer lebendig verstandenen Geschichte. Kein Museum, das ernstgenommen werden will, wird von sich behaupten wollen, es sei fertig. Dafür muß es sich selbst viel zu sehr auch als ein Stück gestalteten und mitgestaltenden Lebens fühlen. Heute darf man sagen: Wer in dem Wort Museum nur oder überwiegend den Sinn des Abgestellten, Ausgesonderten, Unlebendigen und Überlebten spürt, ordnet sich selbst diesen Bereichen des wahrhaft Vergangenen zu. Gerade die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg haben mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt, wie sehr nachdenkende Menschen aus der Berührung mit der geschichtlichen Überlieferung, zumal wenn diese die Sprache der Kunst spricht, Kraft und Trost gewinnen. Im eigentlichen Museum spricht nicht das Überlebte der Vergangenheit – das schweigt –, sondern es spricht das Überlebende der Vergangenheit; nicht, was lebendig *war*, sondern das lebendigen Wert *behält!* Freilich bedürfen die Zeugen historischer Epochen der liebenden Pflege, der kritischen Ordnung und eines Verstehens, das mit dem Einzelnen zugleich auch das Allgemeine, mit dem Teil das Ganze erschaut – das Ganze einer Epoche, eines Stiles, einer Persönlichkeit einer Gesellschaft, eines Landes oder worin immer das Übergreifende sich zeigt. Insofern ist jedes Sammlungsstück ein Stellvertreter, und als solcher bedarf es der Deutung, des Hinweises auf den ihm gemäßen Zusammenhang. Eine echte Sammlung bietet schon in sich Hinweise dieser Art, denn sie ist weit mehr als die Stimme ihrer

Bestandteile. Sie konstituiert selbst ein Ganzes, sofern sie von einer Idee lebt. Anstatt aber diese allgemeinen Betrachtungen fortzuführen, lassen Sie mich am Beispiel eben des Landesmuseums verdeutlichen, was ich meine. Denn das Landesmuseum hat sich von seinem Beginn an unter dem Zeichen einer persönlich und lebendig vertretenen Idee entwickelt. Der Gründer und Stifter der Sammlung, der Professor der Philosophie an der Kieler Universität Gustav Thaulow, ein Kind der Stadt Schleswig, hat dem Geiste Hegels gehuldigt, jenem Geiste, der die Geschichte als lebendige Großmacht verstand. Thaulow war Pädagoge von Berufung und erspürte in der künstlerischen Hinterlassenschaft früherer Jahrhunderte den vorbildlichen Wert. Er war glühender Patriot und hatte seinen Blick geschärft für das Besondere seines schleswig-holsteinischen Vaterlandes auch in seinen künstlerischen Äußerungen. Aus solchen Voraussetzungen erwuchs in ihm die Idee eines Museums als einer Bildungsanstalt im echtsten und umfassenden Sinne. Thaulow dachte nicht an eine Sammlung von Materialien eines bestimmten wissenschaftlichen Faches, sondern er handelte auch als Sammler aus der geistigen Überlieferung von Romantik und deutschem Idealismus.

Man darf sagen, daß trotz aller Erweiterungen des Sammlungsprogramms und aller Wandlungen der Ausstellungsform dieser Geist dem Thaulow-Museum unter seinen wechselnden Leitern treu geblieben ist. In seinem Zeichen hat die Sammlung nicht lediglich an Umfang und Wert, sondern auch an innerer Substanz und Abrundung stetig zugenommen, bis es in den dreißiger Jahren den Namen Landesmuseum aufnahm, um damit das Ganze zu kennzeichnen, dem es dienen wollte. Denn ein „Land Schleswig-Holstein“ im heutigen Sinne eines eigenen Staatswesens gab es noch nicht. In dieser Zusammensetzung bedeutete das Wort „Land“ die aus Landschaft, Volkstum und Geschichte erwachsene Einheit, einen Lebenskreis aus Tradition und Schicksal.

Ich sprach von der Idee, das Schloß Gottorf zur Geltung eines „Denkmals der Landesgeschichte“ zu bringen. Den inneren Zusammenhang dieser Idee mit derjenigen, aus der das Landesmuseum entstanden ist, erkennt man leicht. Wenn nun die Sammlung sich neu darbietet, eingeordnet in das alte Schloß, so darf man mit Spannung dem Ergebnis dieser Verbindung entgegensehen.

Ich wünsche nun dem Schleswigs Holsteinischen Landesmuseum und allen in ihm und für ihn tätigen Menschen für den neuen Abschnitt dieses für das kulturelle Leben unseres Landes so bedeutsamen Instituts weiterhin ein segensreiches Wirken im Dienste der Kunst und des Menschen.

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich dem Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums, Herrn Dr. Schlee, und seinen Mitarbeitern meinen besonders herzlichen Dank sagen für die unermüdliche Arbeit, die hier geleistet worden ist und die nun ihre Krönung durch die Eröffnung der neuen

Räume und durch den Rundgang im Rahmen dieser Feierstunde findet. Als Zeichen meines Dankes und meiner Anteilnahme an Ihrer Arbeit habe ich Ihrem Institut, lieber Herr Dr. Schlee, als Dauergabe des Landes Schleswigs Holstein eine Gelbgußleuchterkrone zur Verfügung gestellt, die ihren Standort in der „Lübecker Weinstube“ gefunden hat.

Die deutsche Nation ist die Nation der Widersprüche, und darin ist sie nicht mehr und nicht weniger, als was andere Nationen auch sind. Jede ist immer alles auf einmal: phantastisch und nüchtern, idealistisch und materialistisch, revolutionär und konservativ, friedensliebend und kriegerisch, fremdenfreundlich und fremdenfeindlich, hilfreich und grausam, böse und gut. Diese Spannungen sind immer und überall.

GOLO MANN

Der diesjährige Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen in Innsbruck

Der 8. Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, der vom 25. bis 28. Juni in Innsbruck stattfand, hat auch hier im Norden ein lebhaftes Interesse gefunden, was sich schon aus der verhältnismäßig großen Zahl der Teilnehmer von nördlich und südlich der Grenze, von deutscher wie von dänischer Seite, ersehen läßt. Der nachstehende Tagungsbericht wurde von Mathias Hansen, einem der Vertreter der deutschen Volksgruppe, zunächst im „Nordschleswiger“ veröffentlicht. Der Bericht scheint uns ein echter Spiegel des Kongresses zu sein, sowohl in dem, was getan wurde, als auch in dem, was unterblieb, aber zu tun notwendig gewesen wäre. Dazu sei verwiesen auf die Stellungnahme zur Problematik der FUEV. durch Walter Schudnagis im Grenzfriedensheft 2/1958.

Vor Beginn des Kongresses fand eine Sitzung des Zentralausschusses der Union statt, in welcher beschlossen wurde, daß zwei Arbeitsausschüsse eingesetzt werden sollten, und zwar ein Ausschuß für politische Fragen und ein Ausschuß für Fragen organisatorischer Art.

*

Der Kongreß begann mit einer Ausstellung von über tausend Schulbüchern europäischer Volksgruppen aus folgenden Ländern: Deutschland, Dänemark, Italien, Belgien, Tschechoslowakei Schweiz, Frankreich, Jugoslawien, Norwegen, Bulgarien, Türkei, Österreich und Polen.

Eröffnung im Stadtsaal

Die Eröffnungssitzung fand nachmittags im kleinen Stadtsaal statt.

Der amtsführende Vorsitzende der Union, Graf Matuschka, hielt hier die Eröffnungsrede, in der er den Landeshauptmann von Nordtirol, den Bürgermeister der Stadt Innsbruck, S. Magnifizienz den Rektor der Universität und einige weitere Honoratioren begrüßte und den verschiedenen Herren den Dank der Union für das erwiesene Entgegenkommen aussprach.

Seinen ganz besonderen Dank sprach er der Südtiroler Volkspartei für ihre Gastfreundschaft und für die Einladung zu einem ganztägigen Ausflug nach Südtirol aus, der, wie es sich zeigte, der Höhepunkt der Tagung wurde.

Nachdem die verschiedenen Herren in kurzen, herzlich gehaltenen Worten für die Begrüßung dankten und alle auf die besonders schwierige Lage ihrer Südtiroler Landsleute hingewiesen und dem Kongreß einen glücklichen Verlauf gewünscht hatten, wurde die Tagesordnung des Kongresses angenommen.

Der Generalsekretär legte seinen Geschäftsbericht vor, und Frau Jytte Skadegaard sprach über die Beziehungen der Union zum Europarat. Beide Berichte wurden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen, nur nahm Dr. Toni Ebner, Mitglied des Europarates für Südtirol, zu einigen zusätzlichen Erläuterungen kurz das Wort.

Abendlicher Empfang

Damit war die erste Sitzung des Kongresses beendet, und man traf sich abends bei einem Empfang der Landessektion Tirol der österreichischen Liga für die Vereinten Nationen im Hofgarten-Café.

Hier hatte man Gelegenheit, mit den Sitzungsteilnehmern bekannt zu werden, und verbrachte einige unterhaltsame Stunden in der Gesellschaft der Vertreter vieler Volksgruppen.

*

Sitzung der Kommissionen

Der zweite Kongreßtag begann mit den Sitzungen der Kommissionen, die beide im neuen Landeshause stattfanden.

Antrag der Danofriesen

In der politischen Sitzung wurde außer einigen anderen Fragen insbesondere eine von den Danofriesen eingebrachte Resolution behandelt, die an die Regierung (ob Landes- oder Bundesregierung, stand nicht in der Resolution) weitergereicht werden sollte.

Die Resolution der Danofriesen, die in ihrer ursprünglichen Form wohl kaum angenommen worden wäre, wurde in eine Erklärung umgewandelt dahingehend, daß die dänisch und deutsch gesinnten Friesen sich *gemeinsam* an die Landesregierung wenden sollen, um Sondermaßnahmen anläßlich der Besiedlung des neuen Kooges von Bongsiel zu erreichen.

Diese sollen dazu beitragen, den neuen Koog zu einem Mittelpunkt friesischen Lebens in Sprache und Kultur zu gestalten.

Es darf wohl unzweifelhaft als ein Erfolg des Kongresses angesehen werden, diese zunächst doch schwierig erscheinende Frage in so glücklicher Weise gelöst zu haben. Natürlich war dieses nur möglich, weil deutsch und dänisch gesinnte Friesen in ihrem gemeinsamen Interesse an der Erhaltung des Friesentums zu gegenseitigen Einräumungen bereit waren.

*

In der Sitzung für Organisationsfragen wurden zunächst zwei neue ordentliche – und zwei assoziierte Mitglieder aufgenommen. Dann wurden die pekuniäre Lage der Union und der vom Generalsekretär vorgelegte Haushaltsplan eingehend besprochen und einstimmig angenommen.

Das Beitragssystem

Angenommen wurde auch eine neue Berechnungsform für die Beitragszahlung sowohl der ordentlichen als auch der assoziierten Mitglieder. Es wird in Zukunft der Beitrag nach einem Punktsystem berechnet, nach welchem jedes ordentliche Mitglied eine seiner Größe und Bedeutung entsprechende Zahl von Punkten erhält. Für jeden Punkt ist dann ein gewisser Beitrag zu entrichten. Die Beitragsordnung für assoziierte Mitglieder basiert auf demselben Zahlungsprinzip, jedoch ist der Beitrag jedes Punktes niedriger gesetzt, da diese Mitglieder kein Stimmrecht und auch sonst eingeschränkte Rechte haben.

Änderung der Geschäftsordnung

Vorgeschlagen und einstimmig angenommen wurde in dieser Kommission auch eine Änderung der Geschäftsordnung dahingehend, daß in Zukunft Resolutionen, die man dem Kongreß vorzulegen wünscht, den Mitgliedern der Union im Wortlaut mindestens vierzehn Tage vor Beginn des Kongresses zuzustellen sind. Diese Änderung hat den großen Vorteil, daß man sich auf die Resolutionen einigermaßen vorbereiten kann, da in diesen oft auch auf Staats- und andere Verträge sowie Gesetzesbestimmungen hingewiesen wird, die den Kongreßteilnehmern natürlich nicht immer bekannt sind.

*

Am Nachmittag tagte die Vollversammlung wieder und nahm den Bericht über die Kommissionsbeschlüsse entgegen. Beide wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Es folgten dann drei Berichte, und zwar von Herrn Laurand über die Lage in der Bretagne, von Herrn Dr. Shpati über die Lage der Union der Albaner in Kosovo und endlich ein Bericht des Präsidenten des Bundes der Polen in Deutschland. Es handelte sich hier um Forderungen der im Ruhrgebiet und anderen Teilen Deutschlands wohnenden Polen an die Regierung der Bundesrepublik.

Ohne bezweifeln zu wollen, daß der Bund der Polen in Deutschland statutengemäß als ordentliches Mitglied der Union aufgenommen worden ist, kann man doch wohl berechtigte Zweifel darüber haben, ob diese freiwillig besserer Arbeitsverhältnisse wegen nach Deutschland ausgewanderten Polen wirklich eine Volksgruppe in dem von uns verstandenen Sinne sind.

Das Bankett auf der Hungerburg

Abends waren die Kongreßteilnehmer Gäste des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck bei einem Bankett auf der Hungerburg oberhalb Innsbrucks. Bei diesem Bankett wurden wir vom Landeshauptmann Dr. Tschiggfrey und dem Oberbürgermeister von Innsbruck Dr. Lugger begrüßt. Der Landeshauptmann wies in seiner Begrüßungsrede auf die Trennung von Nord- und Südtirol hin und machte uns in ergreifenden aber schlichten Worten klar, wie sehr diese Trennung in das ganze Leben der Tiroler Volksgruppe eingriffe, Familien

auseinandergerissen habe und jahrhundertelange Zusammengehörigkeit auf allen Gebieten in Gefahr brächte.

*

Die Fahrt durch Südtirol

Freitag um 7 Uhr in der Frühe ging es dann im Autobus unter kundiger Führung, leider aber bei sehr schlechtem Wetter, nach Südtirol.

Unser erster Aufenthalt galt Brixen, dem alten Bischofssitz und Mittelpunkt der Kirche für ganz Tirol. Sehr anregend war dort die Besichtigung der Kirche, erbaut im 17. Jahrhundert im Barockstil, mit Fresken überreich geschmückt und einem aus viel älterer Zeit stammenden Kreuzgang.

Nach der Besichtigung fand dann ein kurzer Empfang in einer nahe der Kirche gelegenen Schenke statt, veranstaltet von der Brixener Lokalabteilung der Südtiroler Volkspartei.

*

Der nächste Aufenthalt wurde dann in Bozen gemacht, wo uns der Obmann der Südtiroler Volkspartei in Empfang nahm und der Landeshauptmann Dr. Popp uns kurz begrüßte.

Dann ging die Fahrt durch das durch die Ansiedlung offenbar nicht lebensfähiger Industriebetriebe stark veränderte Bozen.

Diese Ansiedlung von italienischen Industriebetrieben wurde bereits von Mussolini angefangen und auch nach seinem Tode fortgesetzt. Zweck dieser Industrieansiedlung in Bozen war offenbar der, südtirolische Arbeiter zu Tausenden hier anzusiedeln (Südtiroler Arbeiter in diesen Betrieben belaufen sich nur auf etwa zweihundert), um dadurch italienische Stimmen in Südtirol zu gewinnen.

Südtirol ist von Natur aus ein Bauernland gewesen und wird hoffentlich seine Struktur auch nicht durch diese künstliche und artfremde Ansiedlung von Industrie ändern. Es sei hier eine kleine Aufstellung gegeben über Besitzverhältnisse des Südtiroler Grund und Bodens im Bezirk Bozen und im Bozener Unterland.

Bozen und Bozener Unterland

Staats-, Gemeinde-, Kirchenbesitz	5%
Italienischer Privatbesitz	5,6 %
Südtiroler Privatbesitz	89,4 %

Bozen Stadtgemeinde

Staats-, Gemeinde-, Kirchenbes.	12,27 %
Italienischer Privatbesitz	15,86 %
Südtiroler Privatbesitz	71,82 %

Diese Zahlen sind äußerst interessant und zwar in zweierlei Beziehung: sie zeigen, daß der italienische Privatbesitz (offensichtlich auf Grund der Industrialisierung) in der Stadt fast dreimal so groß wie in den ländlichen Bezirken

ist;

sie zeigen, wie unendlich viel stärker die Südtiroler Volksgruppe dasteht, als unsere Volksgruppe in Nordschleswig, die seit 1920 rund 34 000 Hektar an Landbesitz verloren hat. Über den Verlust an städtischem Besitz sind keine Angaben vorhanden.

*

Von Bozen ging es weiter nach Meran. In St.-Michael-Eppen waren wir Gäste der Südtiroler Volkspartei bei einem Mittagessen.

Vorher gab uns Dr. Magniago einen sehr eingehenden Bericht über die Lage der Südtiroler, über deren Sorgen, aber auch über ihre Ziele, die sie mit unveränderter Zähigkeit und frischem Mut und vollem Vertrauen auf die Zukunft verfolgen.

Auch hier hatten wir Teilnehmer aus Nordschleswig Gelegenheit, nähere Bekanntschaft mit prominenten Vertretern der Südtiroler Volksgruppe zu machen und mit ihnen so manche Frage zu besprechen, die für unsere zukünftige Haltung in punkto Union von Bedeutung sein kann und wird.

*

Bei leicht aufklärendem Wetter ging die Fahrt weiter. In Meran nahmen wir den sachverständigen Leiter der Fahrt durch Meran und hinauf nach Dorf Tirol, Prof. Höniger, an Bord. Als hervorragender Kenner der Meraner Landschaft gab er uns in Dorf Tirol bei der Jause eine glänzende Schilderung vom Schloß Tirol, dessen Anlage und Geschichte. Da das Wetter inzwischen so stürmisch geworden war, ließ sich eine Besichtigung des Schlosses leider nicht durchführen.

Die Rückfahrt, für die ursprünglich der Weg über den Jaufenpaß vorgesehen war, mußte des Neuschnees wegen, der in der Nacht zuvor gefallen war, wiederum über Meran und Bozen erfolgen, und so kamen wir dann erst abends um 23 Uhr, nach einem unvergeßlichen Ausflug ins Südtiroler Land, sehr beeindruckt von allem Gesehenen und Erlebten, wieder ins Innsbruck an.

*

Der Abschluß des Kongresses

Am Sonnabend, dem Schlußtage des Kongresses, hielt zunächst Herr Prof. Ermura von der Universität Innsbruck einen tiefeschürfenden, außerordentlich interessanten

Vortrag über Selbstbestimmung und Loyalität

Es würde zu weit führen, diesen Vortrag hier in extenso zu referieren. Es kann nur kurz gesagt werden, daß dieser Vortrag gerade den von uns beschrittenen Weg der Loyalität und Anerkennung der Landesgrenze und auf der anderen Seite das Verlangen der dänischen Minderheit nach Selbstbestimmung mit allen daraus entstehenden Forderungen eingehend, und wissenschaftlich glänzend unterbaut, behandelte.

Entschließungen

Danach wurden einige Resolutionen einstimmig angenommen und zwar eine der Südtiroler Volksgruppe, in der Verhandlungen zwischen der österreichischen und italienischen Regierung zwecks baldigster und restloser Durchführung des Pariser Vertrages mit dem Endziel einer echten Landesautonomie für Südtirol verlangt wurden;

eine weitere, welche die Minderheiten in Österreich betrifft, und die verlangt, daß der Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 baldigst der Realisierung zugeführt wird,

eine Erklärung der Bretonen, die zum Ziel hat, daß die neue Regierung in Frankreich sich für die Volksgruppen in Frankreich, was örtliche Tradition und Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Lage betrifft, einsetzen möge.

Vorstandswahlen

Hierauf wurden Vorstandswahlen vorgenommen, und zwar wurde der bisher amtsführende Vorsitzende, Graf Matuschka, auf ein Jahr als Hauptvorsitzender gewählt, Herr Jirava als einer der stellvertretenden Vorsitzenden und Herr Skadegaard wiedergewählt als Generalsekretär unter Anerkennung seiner Verdienste um die Union.

*

Damit war die Tagesordnung des 8. Kongresses der Union beendet.

Ein Mitglied der Südtiroler Volkspartei schloß den Kongreß mit den Worten, daß er hoffe, die Einheit Europas möchte dazu führen, daß die Zeiten des etatistischen Denkens vorüber seien, daß es in Zukunft die Volksgruppen sein möchten, die das Bild Europas in aller seiner Mannigfaltigkeit prägen, und daß der alte Spruch „cujus regio ejus religio“ ein für allemal der Vergangenheit angehören möge.

Die Meinung der Friesen

Der neue Koog vor Bongsiel soll ein Mittelpunkt friesischen Lebens werden

Fünfhundert Hektar Neuland stehen der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins mehr zur Verfügung, wenn das große Deichbauprojekt zwischen Bongsiel und Fahretoft in den Kreisen Sütdondern und Husum im Jahre 1959 abgeschlossen worden ist. Der sieben Kilometer lange Deich zwischen der Schleuse von Bongsiel und der Lütt-Jens-Warft südlich von Dagebüll wird dann ein Gebiet von insgesamt 1200 Hektar vor den Fluten des „Blanken Hans“ schützen. Denn neben den 500 Hektar Koogsland wird ein 700 Hektar großes Speicherbecken dem Koogsland vorgelagert, das vor allem bei Katastrophenfällen die Wassermengen aus dem

Bongsieler Einzugsgebiet aufnehmen soll.

Die Verwirklichung dieses großen Projektes veranlaßte die Foriining for nationale Frashe (Danofriesen), dem 8. Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen in Innsbruck eine Resolution zur Annahme zuzuleiten, in der es u. a. hieß:

„Mit banger Sorge erfüllt uns Nordfriesen die Tatsache, daß in unserer Heimat Nichtfriesen auf Kosten von Friesen angesiedelt werden ... Nach unserer Ansicht ist die Regierung verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um diese unheilvolle Entwicklung aufzuhalten. Eine fruchtbare Möglichkeit erblicken wir in der Besiedlung des neuen Kooges bei Bongsiel-Fahretoft durch Angehörige des friesischen Volkstums.“

*

In der hierzu von dem Kongreß einstimmig gefaßten Entschließung, die also sowohl die Billigung der anwesenden deutschen als auch der dänischen Vertreter des Friesentums fand, heißt es:

„Der Kongreß der FUEV würde es begrüßen, wenn b e i d e (von uns gesperrt) friesische Organisationen baldmöglichst bei der Landesregierung in Kiel wegen geeigneter Sondermaßnahmen vorstellig werden, um den neuen Koog vor Bongsiel zu einem Mittelpunkt friesischen Lebens zu machen.“

*

An ihren Bericht über die Annahme dieser Resolution knüpfte die Südschleswigsche Heimatzeitung folgende Bemerkungen:

„Die erfreuliche Einigkeit wird möglicherweise dazu führen, daß die Deutschfriesen in Südschleswig ihre ablehnende Haltung revidieren werden, den Friesen als größere Gruppe einen Status als Volksteil bzw. nationale Minderheit oder europäische Minderheit zu geben. Die Deutschfriesen könnten dann aktiv an der Arbeit der Minderheitenunion teilnehmen. Eine solche Entwicklung wäre im Hinblick auf ein besseres Verhältnis zwischen den beiden friesischen Gruppen von größter Bedeutung.“

Die Nordfriesen keine Volksgruppe in einem anderen Land

Diese weitergehenden Schlußfolgerungen der SHZ treffen zweifellos nicht zu. Nach einem Bericht des Flensburger Tageblatts haben inzwischen die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute des Eiderstedter Heimatbundes den Beitritt zur FUEV abgelehnt. Man ist der gleichen Auffassung wie der Nordfriesische Verein, daß die Nordfriesen keine Volksgruppe in einem anderen Lande sind und damit die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Union fehlen.

*

Zur Satzungsänderung der SSV

Was Sven Johannsen dazu sagt

Die Satzungsänderung der Südschleswigschen Vereinigung (SSV), nach der die Aufnahme in den Verein jetzt ausdrücklich von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, schulpflichtige Kinder in eine dänische Schule zu schicken, ist auf dänischer Seite lebhaft umstritten. Außer sehr kritischen Äußerungen in der reichsdänischen Presse hat besonders „Front og Bro“, die Zeitschrift des Vereins der Studierenden Südschleswigs, in einem Aufsatz Pastor Parmanns, Schleswig, scharf gegen die neue Satzungsbestimmung Stellung genommen.

Es ist nicht deutsche Sache, in diesem Streit Stellung zu beziehen – wenn wir auch unsere Meinung dazu haben. – Darum soll auch nicht Parmanns temperamentvoller Angriff auf den „Ungeist der Rechenmeister und Organisationsgenerale in der Spitze der SSV“ hier mitgeteilt werden, sondern was Sven Johannsen, Rektor der Ansgar-Schule in Schleswig und Mitverantwortlicher für den Beschluß der Satzungsänderung, gegenüber „Informationen“ (1. August) über die Motive sagt, die zu ihm geführt haben. Er sagt dazu:

„In Wirklichkeit beruht Parmanns Angriff auf einem Mißverständnis. Das einzige, was geschehen ist, ist nämlich, daß wir jetzt eine Ordnung durchführen wollen, die immer Gültigkeit gehabt hat. Früher haben alle, die sich in die Südschleswigsche Vereinigung melden wollten, eine Erklärung darüber unterschreiben müssen, daß sie, soweit es möglich war, ihre Kinder in die dänische Schule schicken wollten. Mit dem einstimmigen Beschluß des Vorstandes ist diese Erklärung nunmehr in die Satzungen des Vereins direkt aufgenommen worden.“

Auf die Frage, warum man jetzt plötzlich eine Bestimmung handhaben wolle, mit der man es früher nicht so genau genommen habe, sagt Johannsen:

„Es ist an der Zeit, klare Linien durchzuführen. Mit der Bestimmung zwingt man ganz einfach die Leute, ihren Standpunkt zu wählen. Nach den ersten, begeisterten Nachkriegsjahren muß sich das Dänentum konsolidieren, und wenn ich mich so stark für die Einführung oder Durchführung der Bestimmung eingesetzt habe, liegt dies in der natürlichen Verlängerung meines Glaubens an die Bedeutung des Kulturkampfes. Wenn die kommenden Generationen von Dänen im Grenzland nicht in dänischen Schulen erzogen werden, können wir ebensogern sofort zusammenpacken und gehen.“

Die Ursache dafür, daß der Beschluß gerade jetzt durchgeführt wird, ist nach Johannsens Ausführungen in den Erfahrungen zu finden, die in der letzten Zeit in Schleswig gemacht wurden. Er berichtet, daß man zu Beginn des neuen Schuljahres um Ostern d. J. beschlossen habe, zum ersten Male in Schleswig die Mitglieder vor die Erklärung zu stellen, die sie unterschrieben hätten. Der Beschluß sei nach langen und gründlichen Erwägungen und unter dem Eindruck der

„nahezu grotesken“ Verhältnisse, die an gewissen Stellen innerhalb der Schule herrschten, gefaßt worden. Nicht allein sei namentlich unter den jungen dänischgesinnten Familien eine verbreitete Tendenz vorhanden, ihre Kinder in eine deutsche Schule zu schicken, sondern auch Eltern, die ältere Kinder in der dänischen Schule hätten, hätten begonnen, die jüngsten Kinder in die deutsche Schule zu schicken. Die Folge der Konfrontation der Eltern mit ihrer Erklärung sei gewesen, daß drei Familien sich entschlossen hätten, sich aus dem Verein auszumelden und ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken. Aber zehn Familien seien in sich gegangen und hätten die dänische Schule gewählt. In anderen Städten, wo das Mißverhältnis zwischen dem Anschluß an die Schule und der Mitgliedschaft im Verein sich dem Katastrophalen näherte, sei man der Idee von Schleswig gefolgt.

Rektor Johannsen kann auch nicht anerkennen, daß die Bestimmung gegen die nordischen Freiheitsideale verstoßen soll. Es stehe weiterhin jedem Menschen in Südschleswig frei, Mitglied des Südschleswigschen Vereins zu sein oder nicht. Aber entschieße man sich dazu, Mitglied zu werden, müsse man sich auch klar darüber sein, daß man in einen Kulturkampf trete, der nur auf der Grundlage der Schularbeit geführt werden könne. Er sagt:

„Die Erklärungen von Eltern für die Wahl einer deutschen Schule anstatt einer dänischen kann ich nur als Ausflüchte betrachten. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Behauptung über den schlechten Deutschunterricht dänischer Schulen wie über die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Lehrstellen in Südschleswig für Schüler, die die dänische Schule besucht haben. Natürlich gab es eine schwierige Übergangsperiode von der ausgeprägten dänischen Schule zu der jetzigen, die in erster Linie die Schüler für ein Dasein im Grenzland geeignet zu machen sucht. Aber diese Entwicklung ist ja genau zusammengefallen mit den Veränderungen in dem Charakter und in der Zielsetzung unserer ganzen Arbeit. Wo das Ziel der dänischen Schulen unmittelbar seit dem Start im Jahre 1920 und bis um 1949 in erster Linie eine Vorbereitung zu einer eventuellen Einverleibung in Dänemark war, ist die Arbeit heute ausschließlich auf der Tatsache basiert, daß die Grenze wahrscheinlich festliegt. Schüler der früheren Schulen konnten sich daher fast nicht behaupten in Südschleswig, und das war ja nicht die Absicht. Aber das Bewußtsein, daß die Arbeit nicht darauf hinausläuft, die Grenze zu verschieben, sondern unter den jetzigen Verhältnissen für sein Dänentum zu kämpfen, ist wohl erst seit einigen Jahren völlig durchgedrungen. In der Übergangsperiode hat die Schule natürlicherweise Schwierigkeiten gehabt, ihre richtige Arbeitsform zu finden. Aber jetzt, wo fünfzig Prozent der Lehrer Südschleswiger sind und wo die dänischen Schulen die Berechtigung erhalten haben, zum Mittelschulexamen und zum Abitur zu führen, die von den deutschen Behörden anerkannt werden, sollten die meisten Schwierigkeiten überwunden sein.“

*

Der „Nordschleswiger“ (Nummer vom 5. Juli), das Organ der deutschen Minderheit in Nordschleswig, äußerte sich zu dem Streit über die Satzungsänderung des SSV wie folgt:

„Es ist nicht unsere Absicht, uns in den brüderlichen Streit über die Zwangssatzung des SSV einzumischen, aber er wirft immerhin ein Streiflicht auf das Unbehagen, das sich in dänischen Kreisen über den verzweifelten SSV-Versuch breitmacht, den Rückgang der dänischen Minderheitenschulen aufzuhalten. Im übrigen darf am Rande vermerkt werden, daß der Deutsche Schul- und Sprachverein in Nordschleswig nicht daran denkt, das Prinzip der Freiwilligkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Eltern zu verlassen.“

*

Die Einweihung der Nordisch-Europäischen Volkshochschule in Snoghøj

fand am 3. August unter Teilnahme einer repräsentativen Versammlung von Vertretern fast aller nordischen Länder statt. Die zunächst mit dem Standort Apenrade geplante Schule hat nun hier, nahe der Brücke über den Kleinen Belt, ihre bleibende Stätte gefunden. Nach Berichten in der dänischen Presse sprachen bei der Einweihung neben dem Redakteur Bent Koch, der Vorsitzende der Schule ist, und dem Leiter des Hauses, Paul Engberg, u. a. auch der dänische Unterrichtsminister Jörgen Jörgensen und der Schriftsteller Jörgen Bukdahl. Die Schule hat Platz für hundert Schüler und beginnt demnächst ihre Arbeit unter Teilnahme von Lehrkräften aus Norwegen und Schweden und mit Schülern u. a. aus Norwegen, Schweden, Finnland, Finnland-Schweden und den Färöern. Das Programm der Schule nimmt seinen Ausgangspunkt von dem „Göteborggedanken“ Grundtvigs. Mit dem so bezeichneten Gedanken umriß Grundtvig den Plan zu einer gesamt-nordischen Volkshochschule mit dem Standort Göteborg. Von diesem Gedanken einer gesamt-nordischen Volkshochschule aus will Engberg nun den Weg weitergehen und einen Bogen zu einem neuen Europa schlagen. Man will in Snoghøj „volklich und national, damit auch europäisch und christlich, also universal sein“.

Weiter sagte Engberg: „Der Weg des Nordens zu Europa soll über Südschleswig gehen, dem letzten Tragpfeiler auf nordischem Volksboden, noch halb verdeutscht, aber der Norden wird den dänischen Kulturkampf dort unten verfolgen und decken. Wir werden das volkliche Europa beurteilen nach der Behandlung unserer dänischen Landsleute in Südschleswig. Wir wollen den

Schülern gern den Zusammenhang, der zwischen dem Norden und Südschleswig besteht, zeigen. Nicht nur so, daß wir von dänischer Seite Hilfe für den Grenzkampf von seiten der nordischen Völker herbeirufen, sondern so, daß wir die Jungen aus Südschleswig und Jungen von den Färöern, aus Norwegen, Finnland und Island erleben lassen, daß sie im gleichen volklichen Kampf stehen: dem Kampf für das Leben und die Sprache der einfachen Bevölkerung gegen eine fremde Oberschicht. Für unsere jungen südschleswigschen Schüler muß es ein reiches Erlebnis und eine volkliche Stärkung bedeuten, sich als Vorkämpfer für den ganzen volklichen Norden an dessen Südgrenze zu fühlen. Und für die Jungen aus dem übrigen Norden wird es eine nützliche Entdeckung sein, daß die dänische Sache in Schleswig in gleicher Weise eine volkliche nordische Sache wie ihre eigene volkliche Angelegenheit auf den Färöern, in Island, Norwegen und Finnland ist.“

Soweit einige Punkte aus der Einweihungsrede des Leiters. Auch die anderen Redner unterstrichen nachdrücklich die Bedeutung der Schule für die dänische Kulturarbeit in Südschleswig, „das vor unserer Tür liegt“. Die Betonung dieser Aufgabe trat so stark hervor, daß der Eindruck entsteht, nicht Europa, sondern Südschleswig sei Hauptteil der kommenden Arbeit. Ob die Herren Koch und Engberg so heftig in die Südschleswig-Luren blasen, weil diese Töne am besten geeignet sind, um in Dänemark die für den Betrieb der Schule erforderlichen, anscheinend nicht unerheblichen, Gelder aufzubringen, sei dahingestellt. Es darf aber in dieser Verbindung festgestellt werden als allgemeiner Eindruck, daß nicht nur bei der Einweihung von Snoghøj, sondern auch in manchen anderen Veröffentlichungen der grenzaktivistischen Kreise in Dänemark die Töne sich versteift haben; was man erklingen hört, ist viel mehr „Front“ als „Bro“. Wenn man jetzt in Snoghøj den leichtverstaubten Göteborggedanken Grundtvigs bemüht, um zu einem modernen Europa zu kommen, dann ist das eine Rückkehr zu romantischen Denkbahnen. Hoffentlich wird der so schwungvoll begonnene Hochflug nicht ein Ikarusflug. Europa ist nicht nur eine deutsch-dänische Angelegenheit, und der Weg über das Nordische ist ein Weg dahin, aber nicht der einzige.

In Engbergs Aufzählung der volklichen Gruppen, denen er im Kampf gegen ihre Oberschichten helfen will, fehlt die Erwähnung der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Da Nordschleswig ja doch nach dänischer Auffassung nordischer Volksboden ist, kann man nicht verstehen, warum dieser Minderheit nicht geholfen werden soll im Kampf gegen ihre Oberschicht. Warum eigentlich wird sie nicht erwähnt?

Hgs.

Zu den Erinnerungen Dr. Kolbs an Nordschleswig Eine Erwiderung Hans Schmidt-Oxbülls

In dem Grenzfriedensheft 2/1958 finde ich in einem Rückblick des Herrn Generalkonsuls Dr. Kolb auf die Jahre 1954 bis 1956 in Nordschleswig einen Abschnitt, der einer Korrektur bedarf. Es heißt in diesem Abschnitt:

„Es wäre noch mehr in diesem Zusammenhang an Zeichen dafür aufzuführen, daß sich die Atmosphäre entgiftet hatte, die Entspannung Fortschritte machte und die Grenzlandverhältnisse in die ruhige Entwicklung früherer Zeiten einmündeten, allerdings mit einem sehr wichtigen Unterschied auf der volksdeutschen Seite: In der Loyalitätserklärung vom September 1945 gegenüber dem dänischen Staat liegt der endgültige Verzicht auf den Heim-ins-Reich-Gedanken und auf eine neue Entscheidung. Darin ändert sich auch nichts durch die Aufsehen erregende Äußerung des Vorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger, die Loyalitätserklärung sei unter Druck abgegeben worden. Denn auch der Sprecher zog nicht etwa die Konsequenz aus seinen Worten, daß die Loyalitätserklärung hinfällig und nicht mehr eine der wesentlichen Grundlagen der Volksgruppenpolitik ist.“

*

Dazu habe ich zunächst zu bemerken, daß ich in keiner Weise Konsequenzen zu ziehen hatte, sondern insoweit nur zur Kenntnis zu nehmen hatte, daß die Loyalitätserklärung vom September 1945 nicht unter Druck abgegeben war, sondern völlig freiwillig. In dieser Lage war ich deshalb, weil ich aus guten Gründen an dem Zustandekommen dieser Erklärung nicht beteiligt war – ich saß zu dem Zeitpunkt und noch viel länger wohlverwahrt hinter dicken Mauern – und vor allen Dingen, weil diese Erklärung nicht die Grundlage meiner Politik war und ist, sondern – in Verbindung mit meiner Anschauung – die Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945.

Das in meinen Augen Aufsehen erregende und mich Überraschende bestand darin, daß – wie es mir also bei dieser Gelegenheit offenbar wurde – die Septembererklärung nicht unter Druck abgegeben war und daß diejenige Auffassung, die davon ausgeht, daß jede auf einen Druck hin erfolgte Erklärung nichtig sei, nun auch von deutscher Seite akzeptiert wurde – und also auch von dem Herrn Generalkonsul.

Wenn ich die Septembererklärung überhaupt in meine Rede aufnahm, dann geschah das aus reiner Loyalität gegenüber dem Kreise, der die Erklärung abgegeben hatte. Das mag zunächst paradox klingen. Ich hatte das aber bereits getan in meiner grundlegenden Rede am „Deutschen Tag 1952“ in Apenrade, wo ich die Anerkennung der Grenze zur aktiven Grundlage meiner Politik machte. –

in den Jahren vor meinem Antritt war das Gegenseitigkeitsprinzip in der Behandlung und Stellung der Minderheiten beiderseits der Grenze die aktive Grundlage der geführten Politik, mit der Loyalitätserklärung als passiver Grundlage.

Damals – also November 1952 – nahm ich die Loyalitätserklärung bzw. deren Träger in meine Rede auf; ich tat das zwar in Unkenntnis der ihr zugrunde liegenden Motive, aber aus Loyalität gegenüber deren Initiatoren. Denn es war mir vorgehalten worden, daß diese nicht mehr genannt wurden und daß das nicht richtig sei. Ich stimmte dem zu, handelte danach und tat es aus dem Bestreben heraus, nicht nur Gerechtigkeit zu üben, sondern um Klüfte zu vermeiden und die Reihen zu schließen.

In der von dem Herrn Generalkonsul angezogenen Rede vom November 1955, also drei Jahre später, wäre es in dem gegebenen Zusammenhang sachlich durchaus nicht nötig gewesen, diese Loyalität zu wiederholen. Daß ich es tat, mag als Beweis dafür gelten, daß ich sie ernst meinte.

Nun wird man fragen, worin denn der Unterschied besteht zwischen der Loyalitätserklärung von September 1945 einerseits und der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945 andererseits, die ja auch eine Loyalitätserklärung ist. Diese Frage beantworte ich am besten durch die Wiedergabe eines Briefes, den ich aus ähnlichem Anlaß wie die vorliegende Korrektur am 20. November 1957 an den Staatskonsulenten für Minderheitenfragen, Herrn Bjørn Hanssen, richtete; darin wird das Erforderliche gesagt. Nach der Anrede lautet der Brief — in Übersetzung — wie folgt:

Ich bin aufmerksam geworden auf einen Bericht über Angelegenheiten der deutschen Minderheit, den Sie in „Løngforeningens Aarsberetning“ veröffentlicht haben und den ich in „Frederiksborgs Amtsavis“ vom 23. Oktober 1957 wiedergegeben finde. In diesem Bericht finde ich einen Abschnitt, der ein Mißverständnis enthält oder der, bei der gedrängten Form, Anlaß zu einer Fehlbeurteilung geben kann.

Es heißt darin: „Es soll festgehalten werden, daß der Hauptvorstand der politischen Organisation der Minderheit ‚Bund deutscher Nordschleswiger‘ klar und unzweideutig an der Loyalitätserklärung festhält, sowohl in ihrem Wortlaut als auch in den Motiven. Und der deutsche Folketingsmann sah es wohl für opportun an, vor der Wahl (14. Mai 1957) bei der Abschlußdebatte sich zu der Loyalitätserklärung zu beklommen und sein Versuch, ein politisches Fernziel aufzustellen, eine Art „Særsløvisme“, verumumt, als eine „deutsch-dänische Arbeitsgemeinschaft“, hat nicht den Boden unter dem Verlangen einer steigenden Zahl von Mitgliedern der Minderheit weggraben können, in stärkerem Maße an der allgemeinen Gesetzgebung teilzunehmen.“

Darf ich zuerst Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken: Wie aus der Darstellung

E. S. Hansens in „Disteln am Wege“ bzw. „Courier der Heimat“ hervorgeht, sind die Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945 und die Loyalitätserklärung, die einige Zeit vor diesem Datum von dem „Haderslebener Kreis“ erlassen wurde, nicht identisch, trotzdem sie, was den Wortlaut anbelangt, recht gleichlautend sind.

Die Gründungserklärung vom 22. November 1945, die eine Loyalitätserklärung ist, war begleitet von einer Aufforderung an alle deutschen Nordschleswiger, sich dem „Bund deutscher Nordschleswiger“ anzuschließen, ungeachtet dessen, welcher Gruppe oder welcher Anschauung man früher gehuldigt hat.

Es ist diese Gründungserklärung, auf die ich mich ausdrücklich beziehe, sowohl in meiner ersten Rede im Folketing Oktober 1953 als auch in meiner Rede anlässlich der Abschlußdebatte vor der Wahl dieses Jahres, und es ist ganz selbstverständlich, daß ich mich auf die Gründungserklärung beziehe, von der Grundlage aus, die meine eigene Anschauung und nicht zum wenigsten den Weg gibt, den ich gegangen bin, seitdem ich die politischen „Kinderschuhe“ trat.

Es ist richtig, wenn Sie schreiben, daß der Hauptvorstand vor Jahr und Tag sich veranlaßt sah, eine Erklärung zu erlassen dahingehend, daß die Gründungserklärung ständig gültig sei, „ohne Auslassungen oder Hinzufügungen“. Es ist aber nicht richtig, wenn Sie in Ihrer obengenannten Darstellung hinzufügen: „sowohl im Wortlaut als in den Motiven.“ Diese Hinzufügung stand nämlich nicht in der Erklärung, im Gegenteil: der zweite Abschnitt der Erklärung kam meinen Motiven entgegen, und ich habe später in einer Darstellung klargelegt, daß ich von meinen eigenen Motiven aus ganz selbstverständlich auf der Grundlage stände, die der Wortlaut der Gründungserklärung gibt, und zu dem ich mich ein für alle Male bekannt habe, lange bevor von Gründungs- und Loyalitätserklärungen die Rede war.

Es geschah nämlich damals – bei der Aprilwahl 1939 –, daß ich eine deutsch-dänische Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig als ein politisches Ziel aufstellte – und die im übrigen nicht als ‚formummet Særslesvigisme‘ gedacht ist“.

Soweit der Brief an den Herrn Staatskonsulenten zu dem vorliegenden Thema.

Es kann also nicht davon die Rede sein, daß ich aus meinen Worten nicht auch die Konsequenzen ziehe; zum andern habe ich niemals – mit keinem Wort – behauptet, „daß die Loyalität hinfällig und nicht mehr eine der wesentlichsten Grundlagen unserer Volksgruppenpolitik sei“.

Meine Worte vom Druck waren keine Kündigung der Loyalität, sondern eine Feststellung der Ursache meiner Loyalität. Ohne Druck wäre ich niemals auf den Gedanken oder zu der Erkenntnis gekommen, daß die Anerkennung der Grenze rechtens und eine Notwendigkeit sei.

Gerade um diesen Druck aufzuheben, habe ich die Grenze anerkannt und nicht umgekehrt die Loyalität aufgehoben, weil sie unter Druck stand.

Und um die Grundlage dafür zu schaffen, daß der Druck aufgehoben werden kann, habe ich den Weg der Zusammenarbeit in einer deutsch-dänischen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig als Ziel aufgestellt.

Meine Worte und mein Denken entspringen der harten Wirklichkeit und werden dieser gerecht. Die Worte und das Denken des Herrn Generalkonsuls scheinen mir im luftleeren Raum zu schweben.

H. Schmidt-Oxbüll